

06.2018

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	11
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	16
Tierschutz & Ethik	18
Umweltpolitik & Umweltrecht	18
Verkehr & Tourismus	21
Wasser & Meere	22
Wirtschaft & Ressourcen	24

**VERBÄNDE**



DNR intern	26
Aus den Verbänden	27
Ehrenamt	27
Preise & Ausschreibungen	28
Impressum	28

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 29  
Schwerpunkt: Klimabildung

**THEMEN DES MONATS**

UN-Klimakonferenzen

## Klima der Gerechtigkeit?

**Was die Genderfrage mit einer gelingenden Klimapolitik zu tun hat**

Seite 2

EU-Wasserpolitik

## Lebendige Flüsse für Europa

**Nur wenn der Gewässerschutz ernst genommen wird, ist der Artenverlust in Flüssen, Bächen und Seen zu stoppen**

Seite 4

Bioökonomie

## Biomasse aus der Steckdose?

**Die Rohstoffe für die Bioökonomie werden knapper**

Seite 6

Interview: Tobias Pforte-von Randow über den Kohleausstieg

## „1,5 Milliarden für Strukturwandel“

**Kohlekommission der Bundesregierung muss alle Betroffenen beteiligen**

Seite 13

## UN-Klimakonferenzen

# Auf dem Weg zu einem Klima der Gerechtigkeit?

Was die Genderfrage mit einer gelingenden Klimapolitik zu tun hat

**Die Folgen der Erderwärmung treffen Frauen und Männer unterschiedlich und verstärken bestehende Diskriminierungen, vor allem im Globalen Süden. Lösungsansätze für klimapolitische Maßnahmen von Frauen werden aber von Entscheidungsträgern oft ignoriert. Der Gender-Aktionsplan von 2017 könnte die Lebensqualität von Frauen verbessern helfen und eine gleichberechtigte Beteiligung in der Klimapolitik sicherstellen. ■ VON JOHANNA HAUSMANN, WECF**

Der Durchbruch kam im November 2017. Beim Klimagipfel der Vereinten Nationen zur Klimarahmenkonvention (UNFCCC – COP23) in Bonn wurde nach langen Jahren des Kämpfens und Verhandels endlich der erste Gender-Aktionsplan verabschiedet. Ziel dieses Plans ist es, bis Ende 2019 den Anteil der Frauen in Entscheidungsforen des Klimaprozesses zu erhöhen, Politikerinnen und Politiker über die Gleichstellung von Frauen und Männern in Klimafinanzierungsprogrammen zu schulen und Basisorganisationen sowie indigene Frauenorganisationen für lokale und globale Klimaschutzmaßnahmen zu gewinnen. Die Vertragsstaaten sollen zudem mit der Sammlung geschlechtsspezifischer Daten sowie der systematischen Genderanalyse ihrer Klimapolitik beginnen. Zusammen sollen diese Aktivitäten die Umsetzung der verschiedenen geschlechtsspezifischen Entscheidungen und Mandate vorantreiben, die bereits seit 2001 existieren.

Anfang Mai fanden nun in Bonn die ersten UNFCCC-Vorbereitungsverhandlungen für die Klimakonferenz 2018 in Kattowitz statt und damit die ersten Workshops und Gespräche zur konkreten Umsetzung des Gender-Aktionsplans. Jetzt kommt es darauf an, dem Plan Aktionen folgen zu lassen, um die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am Klimaprozess und bei der Entwicklung und Umsetzung geschlechtergerechter Maßnahmen zur Klimapolitik zu gewährleisten. Das kann die Lebensqualität von Frauen weltweit verbessern, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit im internationalen Klimaprozess sowie eine gleichberechtigte Vertretung in der Klimapolitik und -planung sicherstellen. Auch wenn bei diesem Vor-

bereitungstreffen mit 47 Prozent weiblichen Delegierten ein Beteiligungsrekord erzielt wurde, war dieser erste Versuch zur Umsetzung des Gender-Aktionsplans eher schleppend. Weder gab es konkrete Entscheidungen für nächste Schritte noch Finanzierungszusagen, wie übrigens auch bezüglich vieler anderer zentraler Themen des Klimaprozesses (siehe Artikel S. 11).

Trotzdem ist der Gender-Aktionsplan eine Chance. Es ist ein Muss, für seine Umsetzung einzutreten und nicht aufzugeben, was Frauenorganisationen schon lange erklären: Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit.

## Klimawandel ist nicht geschlechtsneutral

Klimawandel ist nicht geschlechtsneutral, weder im Norden noch im Süden. Laut Weltklimarat treffen die Folgen besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen, gerade in Entwicklungsländern. Diese sind aber viel weniger in der Lage, sie zu bewältigen. Die Gründe liegen in einer ungleichen Verteilung und Teilhabe sowie in gesellschaftlich vorgegebenen sozialen Rollen. Frauen haben in vielen Gesellschaften weniger Ressourcen wie Macht oder Zugang zu Finanzmitteln, Eigentum, Technologie und Bildung. Auch in den Ländern des Globalen Nordens sind Frauen weiterhin schlechter aufgestellt, wenn es um politische Entscheidungsmacht, Einkommen oder Verteilung der Familienarbeit geht. Diese Rollenzuweisung prägt ihren Umgang mit Umwelt und Klima. Frauen haben einen kleineren Klimafußabdruck, was in ihrem Alltagsverhalten zu beobachten ist: Sie fahren sparsamere Autos und weniger Kilometer, essen häufiger vegetarisch,

kaufen mehr Biolebensmittel und andere ökologische Produkte. Das Klimaproblem schätzen sie schwerwiegender ein als Männer. Als Lösungsansatz zur Verbesserung des Klimaproblems bevorzugen sie Verhaltensänderungen etwa im Umgang mit Ressourcen anstelle der Nutzung von Risikotechnologien wie zum Beispiel Fracking oder Atomkraft.

## Perspektive, Kapazitäten und Know-how von Frauen wahrnehmen

Wenn es allerdings um globale Lösungen in Fragen der Klimapolitik geht, fehlen häufig die Genderperspektive und die besonderen Bedürfnisse von Frauen; auch ihre Kapazitäten und ihr Know-how werden übersehen. Trotz der großen Teilnahme von Frauen beim Vorbereitungstreffen in Bonn wird die Geschlechterparität bei allen Klimaverhandlungen bei der derzeitigen Entwicklung erst 2040 erreicht sein.

Hinzu kommt, dass noch immer weniger als 30 Prozent Frauen in den leitenden Funktionen der Regierungsdelegationen vertreten sind. Dies zeigt sich auch bei der Finanzierung klimapolitischer Maßnahmen. Nur 0,01 Prozent der gesamten Klimafinanzierung berücksichtigt Genderziele. So rückt das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit in weite Ferne. Und das, obwohl sich Frauen in allen Teilen der Welt für innovative, effektive und bezahlbare Strategien vor Ort einsetzen, die für den Klimaschutz, zur Katastrophenvorsorge und für Anpassungsstrategien genutzt werden können. Diese können mit einem direkten Zugang zu verschiedenen Klimafonds besser finanziert und ausgebaut und so effizient und weitreichend angewendet

werden. Bei der Auswahl zu finanzieren der Maßnahmen greifen die Geldgeber jedoch häufig zu (meist von Männern) hoch entwickelten, zentralisierten, technischen Lösungen und teuren Prestigeprojekten. Die Prioritäten und Kapazitäten der Frauen werden also völlig vernachlässigt und der direkte Zugang zur Finanzierung wird ihnen nur selten gewährt. Um jedoch die Langlebigkeit von Klimaschutzmaßnahmen sicherzustellen, müssen Projekte und politische Maßnahmen durchgeführt und finanziert werden, die eine Antwort auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen geben.

### Gender-Klima-Lösungen: Akteurinnen des Wandels stärken

Zurück zu den UNFCCC Workshops und Verhandlungen in Bonn. In einem Side Event hat Women Engage for a Common Future (WECF) geschlechtergerechte Energiegenossenschaften als einen Ansatz zur Bewältigung des Klimawandels und zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit vorgestellt. Durch den verbesserten Zugang nichtstaatlicher AkteurInnen zu Finanzen und dezentralen erneuerbaren Energien können nationale Klimaziele schneller erreicht und besser umgesetzt werden. Zudem können Frauen durch geschlechterspezifische Strategien, wie beispielsweise durch Frauenquoten und gezielte Ausbildungen, in der gesamten Wertschöpfungskette der Energiegenossenschaften integriert und gestärkt werden. Die Partizipation von Frauen und Männern als BürgerInnen und VertreterInnen lokaler Institutionen muss intensiver gefördert werden, damit nicht nur 10 Prozent der Klimafinanzierung die lokale Ebene erreichen und mehr als 0,01 Prozent der Klimafinanzierung gendergerechte Klimälösungen in den Fokus rücken. Maßnahmen sind nur dann nachhaltig, wenn sie die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen zugrunde legen. Diese Bedürfnisse unterscheiden sich je nach Geschlechterrolle in der Gesellschaft, nach Klasse und Rasse und danach, ob man im Globalen Süden oder Norden, auf dem Land oder in der Stadt oder in zerstörten und bedroh-

## Ungleichheiten verstärken negative Klimawandelfolgen

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Sich verändernde Temperaturen, Wettermuster und Ökosysteme bedrohen Gemeinschaften auf der ganzen Welt. Die Auswirkungen auf den Globalen Norden und Süden, verschiedene soziale Schichten und auf Männer und Frauen sind jedoch unterschiedlich. So wie jede Katastrophe existierende soziale Unterschiede verschärfen kann, ist zu erwarten, dass der Klimawandel die Unterschiede im Hinblick auf Chancengleichheit, Sicherheit und allgemeines Wohlbefinden vergrößert. Neben der sich abzeichnenden Bedrohung durch den Klimawandel lassen sich bereits Geschlechterunterschiede in Bezug auf Umweltfragen beobachten. Laut der Women's Environmental Development Organisation (<http://wedo.org>) werden nur 12 Prozent der Umweltministerien

von Frauen geführt, Stand 2015. Frauen machen durchschnittlich 43 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Entwicklungsländern aus und rund 50 Prozent in Afrika südlich der Sahara. Nur 15 Prozent des Landes in Subsahara-Afrika sind im Besitz von Frauen, Entwicklung seit 2010. Frauen sterben häufiger durch Naturkatastrophen und/oder werden häufiger getötet als Männer. In Malawi kosteten geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Landwirtschaft 100 Millionen US-Dollar. Bei der derzeitigen Steigerungsrate wird die Geschlechterparität bei Verhandlungen erst 2040 erreicht sein. Der Gender Action Plan ist eine bahnbrechende Chance, die Lebensqualität von Frauen weltweit zu verbessern und eine gleichberechtigte Vertretung in der Klimapolitik und -planung sicherzustellen.

ten Ökosystemen lebt. Entscheidend dabei sind die Erfassung und Analyse genderspezifischer Daten, bewusstseinsbildende Maßnahmen für Frauen und Männer sowie die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Gebieten und Bevölkerungsgruppen, die besonders stark mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert sind. Frauen halten viele Lösungen bereit mit dem Potenzial einer weitreichenden Umsetzung. WECF hat dies bei der COP23 mit der Vorstellung der Just Gender Climate Solutions gezeigt. Alle Projekte bieten Lösungen zur Bewältigung des Klimawandels an, die Geschlechtergerechtigkeit als zentrale Komponente mitdenken. Diese Projekte, die von Frauen entwickelt und regional umgesetzt wurden, und viele ähnliche Lösungsansätze gilt es, wie schon gesagt, vor allem auch finanziell zu fördern und durch den Aufbau von Netzwerken zu verbreiten.

Eine konsequente Umsetzung des Gender-Aktionsplans kann hierzu die Basis bilden. Sie kann dazu beitragen, die geschlechtsspezifische Diskrepanz im Umgang mit Klima und Umwelt zu minimieren, aber auch ehrgeizigere klimapolitische Maßnahmen durchzuführen, an denen sich alle BürgerInnen gleichberechtigt beteiligen können. Um eine gendergerechte

Implementierung der Paris-Vereinbarungen zu erreichen und gendergerechte Klimapolitik in lokale Aktivitäten zu übersetzen, werden jedoch nach dem eher enttäuschenden ersten Treffen nach der Annahme des Gender-Aktionsplans dringend schnellere Fortschritte sowie mutigere und ambitioniertere Entscheidungen beim nächsten Vorbereitungstreffen im September in Bangkok und bei der nächsten Klimakonferenz im polnischen Kattowitz im Dezember 2018 benötigt.

Establishment of a gender action plan – UNFCCC: [https://unfccc.int/files/meetings/bonn.../cp23\\_auv\\_gender.pdf](https://unfccc.int/files/meetings/bonn.../cp23_auv_gender.pdf). Weitere Quellen können bei WECF erfragt werden.

Johanna Hausmann ist als Senior Policy Advisor und Projektmanagerin für Chemikalien und Gesundheit bei Women Engage for a Common Future (WECF) tätig. Sie koordiniert auch die Pressearbeit von WECF in Deutschland. Die Erfahrungen vom Vorbereitungstreffen in Bonn haben die Klimaexpertinnen Katharina Habersbrunner, Anja Rühlemann und Anne Barre von WECF mitgebracht.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)89 / 2323938-19,  
E-Mail: [johanna.hausmann@wecf.org](mailto:johanna.hausmann@wecf.org), [www.wecf.org](http://www.wecf.org)



## EU-Wasserpolitik

# Lebendige Flüsse für Europa

Nur wenn der Gewässerschutz ernst genommen wird, ist der Artenverlust in Flüssen, Bächen und Seen zu stoppen

**2018 überprüft die EU-Kommission die Wasserpolitik in der Europäischen Union. Es gilt herauszufinden, ob mit den derzeit laufenden Maßnahmen der angestrebte „gute Zustand“ von Flüssen, Seen oder Meeren zu schaffen ist oder nicht. Dazu haben deutsche Umweltverbände jetzt ein Eckpunktepapier veröffentlicht. ■ VON TOBIAS SCHÄFER, GRÜNE LIGA**

Unsere Gewässer sind arg bedroht: Nur sieben Prozent der Flüsse in Deutschland sind in einem „guten ökologischen Zustand“, ein gutes Drittel wird als „unbefriedigend“ eingestuft, zwanzig Prozent gar als „schlecht“, so die Bilanz des Umweltbundesamtes für das Jahr 2015. Das Grundwasser ist auf einem Drittel der Landesfläche so stark mit Nitrat belastet, dass der Trinkwassergrenzwert überschritten ist. Was geht hier vor? Offenbar hat bislang der Wille gefehlt, dem Schutz unseres kostbarsten Lebensmittels und des Lebenselixiers unseres Planeten endlich klare politische Priorität zu verleihen. Stattdessen subventionieren wir die Nitratverseuchung des Grundwassers, die Überdüngung und Güllerverklappung, wir pumpen Unsummen in die Kanalisierung von Flüssen, auch wenn – wie auf der Elbe – quasi kein Schiff in Sicht ist, und wir alle unterstützen für ein paar Watt Wasserkraft die Verstümmelung unserer Bäche und Flüsse und das millionenfache Schreddern von Fischen bis zu ihrer Ausrottung. Es ist höchste Zeit, diesem Unsinn entgegenzutreten. Es muss endlich darum gehen, die guten Ziele unserer gemeinschaftlichen Wasserpolitik auch wirklich zu verfolgen – aus Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen und für die Zukunft unserer Gewässer.

## Sauberes Wasser in Gefahr

Sauberes Wasser und gesunde Flüsse sind nicht verhandelbar, sondern öffentliches Gut und Gemeinwohlanliegen. Angesichts des dramatischen Einbruchs der aquatischen Biodiversität in Europa darf es in der Wasserpolitik nicht allein um den Schutz der Wasserressourcen gehen, es

muss zugleich immer um den Schutz von Flora, Fauna und natürlichen Prozessen in unseren Flüssen, Seen und Küstengewässern gehen. Die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bietet hierfür als EU-weit gültiges Gesetzeswerk seit ihrem Inkrafttreten im Jahr 2000 eine geeignete Basis. Ihre zentralen Ziele: der „gute Zustand“ in Hinsicht auf ökologische und chemische Qualität bei Oberflächengewässern (beim Grundwasser in Hinsicht auf chemische Qualität und Menge) sowie das Verschlechterungsverbot. Der wegweisende Ansatz des Flussgebietsmanagements über nationale Grenzen hinweg wird nicht ohne Grund in aller Welt bestaunt. In der Praxis werden die Ziele des Gewässerschutzes jedoch eklatant verfehlt. Denn sie wurden bislang bei Weitem nicht mit dem Ernst verfolgt, der geboten ist. Gewässerschutz ist aber nicht allein Aufgabe der Wasserwirtschaft, sondern eine Querschnittsaufgabe für andere Politikfelder. Bestes Beispiel dafür: Die Bundesrepublik Deutschland steht völlig zu Recht in Straßburg vor Gericht, weil die Agrarpolitik ein Vierteljahrhundert lang eine wirksame Düngegesetzgebung verhindert hat. Die Richtlinie zum Schutz der Gewässer vor der Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (Nitratrichtlinie), die von der Regierung Kohl 1991 mitbeschlossen wurde, ist immer noch nicht umgesetzt. Gegen ein derartiges Regelungsdefizit kann keine wasserwirtschaftliche Maßnahme ankommen.

Achtzehn Jahre nach dem Inkrafttreten der Wasserrahmenrichtlinie unterzieht die Europäische Union ihre Wasserpolitik einer Überprüfung. Ein sogenannter Fitness-Check der einschlägigen Richtlinien soll zeigen, ob die Ziele des Gewässerschut-

zes für die Flora, Fauna und Ökologie der Binnen- und Küstengewässer, für die chemische und mengenmäßige Qualität der Wasserressourcen und die Ziele für ein nachhaltiges Wassermanagement erreicht wurden: Ist die gegenwärtige Wasserpolitik in der Lage, den angestrebten „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen oder nicht?

2018 ist ein europäisches Wasserjahr: Von Juli 2018 bis Anfang Oktober ruft die EU-Kommission die Bürger aller Mitgliedstaaten auf, sich an einer öffentlichen Konsultation zur Zukunft der Wasserpolitik zu beteiligen. Vom 20.–21. September 2018 findet zudem in Wien die 5. Europäische Wasserkonferenz statt.

## 18 Jahre Wasserrahmenrichtlinie

Wo stehen wir im Jahr 2018? Bei allen bemerkenswerten Erfolgen im Einzelnen ist auch in Deutschland das Erreichen der Ziele die Ausnahme. Im Gegenteil: Die Ausnahmen sind die Regel. Und es fehlen noch immer klare Vorstellungen davon, welche Maßnahmen denn ganz konkret notwendig wären, um den guten Zustand in den einzelnen Gewässern zu erreichen. Ohne diese Grundlage kann weder sinnvoll geplant werden noch kann der Fitness-Check zu einem soliden Ergebnis kommen.

Entscheidend für das beständige Verfehlen der Ziele ist aber vor allem, dass es bislang nicht gelungen ist, diese Ziele auch in anderen Politikbereichen zu verankern. Und zwar in denjenigen, die den größten Schaden an und in den Gewässern anrichten, allen voran Landwirtschaft, Energie, Schifffahrt und Bergbau. Nitrat im Grundwasser, Ackergifte und Gülle in Gewässern, Bodenerosion und Sedimenteintrag,

Lebensraumzerstörung vom Ufer bis ins Bachbett – wir subventionieren die horrende Umweltbelastung durch die industrielle Landwirtschaft mit Unsummen öffentlicher Gelder: 59 Milliarden Euro jährlich, der mit Abstand größte Haushaltsposten der EU. Während die Lobby der Agrarindustrie die Öffentlichkeit gekonnt an der Nase herumführt, stellt eine verfehlte Agrarpolitik das Verursacherprinzip auf den Kopf. Hier kann man nur von Politikversagen sprechen. Keiner kann sich leisten, dass es auch nach der nächsten Agrarreform wieder „Weiter so!“ heißt. Wir brauchen eine Wende hin zu einer gewässerträglichen Landwirtschaft, die ihre natürlichen Produktionsgrundlagen erhält. Auch andere Wirtschaftsbereiche wie etwa die „Biogas“-Erzeugung, Bergbau oder Energiewirtschaft werden bisher von einer stringenten Verpflichtung zum Gewässerschutz ausgenommen, während die Gesellschaft die Zeche zahlt, etwa durch höhere Trinkwasserpreise.

Vom Verschlechterungsverbot, einem zentralen Inhalt der WRRL, gar nicht zu reden. Wasserkraft zerstört das Wesen der Flüsse. Zwangsläufig. Egal, wie oft wir das Märchen vom Ökostrom noch hören müssen: Es ist nichts Grünes an einer Turbine im Fluss, und eine Staumauer ist der Grabstein für die dem Fluss eigene Dynamik. Wie kann es sein, dass dieser Irrsinn bei uns über eine Umlage gefördert wird, die jeder Stromkunde zahlen muss?

Wasserkraft können wir uns sparen. Die über 7.300 kleineren Wasserkraftwerke (kleiner als ein Megawatt) in Deutschland decken alle zusammen deutlich unter ein Prozent der Strombedarfs. Wie das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei in seinem Dossier zur letzten Bundestagswahl konstatiert, sind diese Anlagen ein Hauptgrund dafür, dass die Umweltziele für Fließgewässer verfehlt werden. Dabei sind sie für Energiewende, Netzsicherheit und Energiemix bedeutungslos. Abriss und Renaturierung wären öffentliches Geld wert, nicht Weiterbetrieb. Staudammrückbau passiert längst, in den USA, in Frankreich und anderswo: Turbinen aus, Kraftwerke raus, lasst die Flüsse wieder fließen.

Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten müssen nun deutlich machen, wie eine wirkungsvolle Umsetzung ihrer Wasserpolitik aussehen soll. Pläne und Maßnahmenprogramme, Ordnungsrecht und ökonomische Anreize sind grundsätzlich die richtigen Instrumente. Sie sind aber bislang zu stumpf geblieben. Dies gilt es zu verbessern. Es muss darum gehen, endlich die Wasserressourcen zu schützen, anstatt ausgerechnet die Wirtschaftsweisen zu protegieren, die die Gewässer schädigen oder zerstören. Dies muss Vorrang haben. Denn auch in Zukunft brauchen wir gesundes Wasser in hervorragender Qualität und ausreichender Menge. Und es geht um unsere Natur und ihre Schönheit: Flüsse und ihre Auen sind die artenreichsten und dynamischsten Lebensräume in Europa, sie bilden die wichtigsten Korridore für die Ausbreitung von Arten und den großräumigen Biotopverbund. Zugleich gehören sie zu den faszinierendsten Landschaften, die wir kennen. Wie viele Menschen verbringen ihre Freizeit am, im und auf dem Wasser? Wie viele zieht es für Urlaub und Erholung dorthin? Lohnt es da nicht, etwas zu tun für lebendige Flüsse und Seen?

Der Zustand der Gewässer ist letztes Endes ein Abbild davon, wie wir mit Natur und Landschaft insgesamt umgehen. Flüsse, Seen und Meere, Feuchtgebiete und das Grundwasser – sie halten uns den Spiegel vor: So kann es nicht weitergehen. Nicht im Wasser, und auch nicht an Land. Wir müssen handeln. Jetzt.

Tobias Schäfer ist Referent Gewässerschutz bei der Grünen Liga und Mitglied der Water Working Group des EEB in Brüssel. Er ist Mitbegründer von *flow* : europe und Initiator der Veranstaltungsreihe Flussfifest.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 403935-72,  
E-Mail: tobias.schaefer@grueneliga.de,  
www.grueneliga.de,  
www.wrml-info.de



## Forderungen der Verbände

Der Deutsche Naturschutzring, GRÜNE LIGA, BUND, NABU und WWF Deutschland haben gemeinsam ein Eckpunktepapier zum Fitness-Check der Wasserpolitik erarbeitet. Die Verbände treten zusammen mit ihren Dachorganisationen im Bündnis „Living Rivers Europe“ dafür ein, die laufende Überprüfung der EU-Wasserpolitik dafür zu nutzen, den dramatischen Rückgang der biologischen Vielfalt in den Gewässern aufzuhalten und die vor knapp zwanzig Jahren formulierten Umweltziele für die Gewässer endlich ernst zu nehmen. Denn auch wenn wir noch weit entfernt davon sind, sie zu erreichen: Diese Ziele bleiben richtig.

Die Forderungen der Umweltverbände zur Überprüfung der EU-Wasserrahmenrichtlinie vom April 2018 in Stichpunkten:

- ▶ WRRL besser umsetzen
- ▶ Alle Maßnahmen bis 2027 umsetzen
- ▶ WRRL-Ziele in die Agrar-, Verkehrs- und Energiepolitik integrieren
- ▶ Kostendeckung und Verursacherprinzip konsequent anwenden
- ▶ Verschlechterungsverbot muss streng ausgelegt werden
- ▶ Erfolge besser kommunizieren
- ▶ EU-Recht mit der WRRL harmonisieren
- ▶ Öffentlichkeitsbeteiligung stärken

[www.wrml-info.de](http://www.wrml-info.de)

Unter dem Namen **Living Rivers Europe** will eine breite Allianz verschiedener Organisationen die Bevölkerung für den Wert naturnaher Flüsse sensibilisieren und in ganz Europa zwei Millionen Menschen für die Teilnahme an der Öffentlichkeitsbefragung zur WRRL mobilisieren. Denn die EU-Gesetzgebung ist ein wichtiger Motor für Verbesserungen an unseren Flüssen. Ohne breite öffentliche Unterstützung wird der Schutz unserer Gewässer nicht gelingen. Machen Sie mit!

Zur Befragung und weitere Informationen zur Kampagne:

[www.wwf.de/livingrivers](http://www.wwf.de/livingrivers)

## Bioökonomie

# Biomasse aus der Steckdose?

Die Rohstoffe für die Bioökonomie werden knapper

**Holz, Fasern, Öle, Eiweiße, Stärke und Zucker aus dem Wald und der Landwirtschaft sollen fossile Rohstoffe ersetzen. Was im Zuge der Euphorie um den wachsenden Wirtschaftszweig der Bioökonomie übersehen wird: Die meisten Rohstoffe werden bereits heute für andere Zwecke verbraucht. Ohne eine Verringerung des Energie- und Rohstoffverbrauches wird es deshalb nicht gehen. ■ VON LÁSZLÓ MARÁZ, FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG**

Unter „Bioökonomie“ wird laut Bioökonomierat von 2015 die „wissensbasierte Produktion und Nutzung von biologischen Ressourcen, innovativen biologischen Prozessen und Prinzipien verstanden, um nachhaltige Güter und Dienstleistungen in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen“. Dazu zählen Sektoren wie Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur, aber auch Verarbeitungs- und Dienstleistungsbereiche wie die Nahrungsmittelindustrie, Papier- und Textilindustrie, Bauen und Wohnen, Chemie und biologische Pharmazie.

### „Elitenprojekt unter Ausschluss der Öffentlichkeit“

Bei aktuellen Debatten um die Bioökonomie bekommt man zuweilen den Eindruck, damit würde der Weg zu einer dekarbonisierten (frei von fossilem Kohlenstoff) Wirtschaft geebnet. Spätestens seit der Gründung des Bioökonomierates im Jahre 2009 ist das Thema in Deutschland auf der politischen Agenda. Die Versprechungen sind groß: den Hunger besiegen, den Klimawandel aufhalten, Erdöl und Kohle ersetzen und gleichzeitig neue Jobs schaffen, für Wachstum und Wohlstand sorgen. Da man unter dem Begriff „Bioökonomie“ so ziemlich alles zusammenfassen kann, was aus nachwachsenden Rohstoffen Energie, Werkstoffe, Chemikalien, aber auch neue Biotechnologien entwickelt, kommt dabei ein mächtiger Wirtschaftszweig heraus.

Besonders gut sichtbar wurde das beim zweiten Globalen Bioökonomie-Gipfel, der im April in Berlin stattfand. Dem exzellenten Bericht von Anne Tittor<sup>(1)</sup> ist

zu entnehmen, dass die Entwicklung der Forschungs- und Industriezweige als, wie es die Autorin beschreibt, „Elitenprojekt unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ vorangetrieben wird. Die Zivilgesellschaft wird nicht eingebunden, denn Geschäfte lassen sich ohne störende Zwischenfragen der BürgerInnen viel besser abwickeln. Das Forum Umwelt und Entwicklung hatte vor dem Gipfel einen Fragenkatalog an die Teilnehmenden gerichtet.<sup>(2)</sup> Aufgegriffen wurden die Fragen aber kaum.

### Politikkontrolle mit dem Taschenrechner

Dennoch tut die Zivilgesellschaft gut daran, die Bioökonomie kritisch zu betrachten und Antworten von EntscheidungsträgerInnen einzufordern. Für manches reicht schon ein guter Taschenrechner. Denn so viele nachwachsende Rohstoffe können für den Bedarf der Bioökonomie gar nicht erzeugt werden. Wegen des steigenden Bedarfs an nachwachsenden Rohstoffen (zum Beispiel für die Biokraftstoff- und Biogaserzeugung) wurden die Ackerflächen in Deutschland bereits um mehrere Hunderttausend Hektar vergrößert. Unter Beachtung ökologischer und sozialer Kriterien eignet sich weltweit nur ein geringer Teil der Flächen für die Ausweitung einer wirtschaftlichen Biomasseproduktion.

Ertragssteigerungen verspricht man sich auch durch die Intensivierung der Pflanzenproduktion, vor allem in „weniger entwickelten“ Regionen. Doch wenn dafür mehr Maschinen, Düngemittel und Pestizide eingesetzt werden, wird es mehr und schlimmere Nebenwirkungen geben. Von den sozialen Folgen einer Industrialisierung der Landwirtschaft ganz zu schwei-

gen, die schon heute in vielen Regionen für Armut und Hunger mitverantwortlich ist.

Insgesamt standen 2011 weltweit<sup>(3)</sup> etwa 11,4 Milliarden Tonnen (Mrd. t.) Biomasse als Trockenmasse zur Verfügung (Landwirtschaft 4,2 t; Weide 3,7 t; Holz 2,1 t und Nebenprodukte 1,4 t). Davon wurden 7 Mrd. t als Futtermittel genutzt, 2 Mrd. t als Bioenergie. Lebensmittel machten 1,7 Mrd. t aus und die stoffliche Nutzung 1,2 Mrd. t.

Im Vergleich dazu werden jedes Jahr folgende Mengen fossiler Kohlenstoffreserven gefördert: 7 Mrd. t Steinkohle, 4,8 Mrd. t Erdöl, 1 Mrd. t Braunkohle und 0,3 Mrd. t Erdgas, also etwa 13 Mrd. Tonnen kohlenstoffreiche Energieträger. Diese Zahlen machen deutlich, dass sich mit Biomasse derzeit keine nennenswerten Mengen an fossilen Rohstoffen ersetzen lassen.

### Kunststoffverbrauch alleine zu hoch

Nehmen wir das Beispiel Kunststoffe. 2016 wurden in Deutschland rund 19 Mio. t Kunststoffe erzeugt, davon fast 7 Mio. t für Verpackungen und über 4 Mio. t im Bau. Würde man diese Mengen durch Materialien aus Weizenstärke ersetzen wollen (und können), müsste man dafür die gesamte Erntemenge und Anbaufläche für Winterweizen und Roggen verwenden (1:1 gerechnet, 24,2 Mio. t Winterweizen und 3,2 Mio. t Roggen 2016). Das entspräche einem Flächenbedarf von 3,7 Millionen Hektar und damit fast einem Drittel der gesamtdeutschen Ackerfläche. Derzeit werden weltweit nur 0,1 Prozent der Kunststoffe aus Biomaterialien erzeugt. Doch der Anteil könnte auf 10 Prozent gesteigert werden. Das Beispiel zeigt, dass ein weitgehender Ersatz fossiler Rohstoffe durch

Biomasse nur dann möglich wäre, wenn wir den Verbrauch drastisch verringerten.

Ein Beispiel dafür, was die verstärkte Nutzung nachwachsender Rohstoffe für Folgen haben kann, bot die Förderung der Produktion von Biogas, Biokraftstoffen und Energieholz. Schnell zeigte sich, wie knapp Ackerflächen sind und dass die Vergrößerung der Anbaufläche oft auf Kosten von Wäldern geschah. Auch nachteilige ökologische und soziale Auswirkungen traten zutage, etwa durch die Verdrängung der Landbevölkerung und die Konkurrenz zur Nahrungsmittelversorgung.

Im Zuge der Produktion von festen, flüssigen und gasförmigen Energieträgern wurde auch die Erforschung weiterer Verwendungsmöglichkeiten pflanzlicher Stoffe vorangetrieben. So wird Glycerin als Nebenprodukt der Biodieselproduktion vor allem für die Kosmetik- und Pharmaindustrie eingesetzt. Der Holzstoff Lignin, der bei der Zellstoffasergewinnung als Nebenprodukt anfällt, macht neben der Zellulose etwa die Hälfte des Holzes aus und wird in den Werken bisher größtenteils zur Energieerzeugung verbrannt. Aus Lignin lassen sich plastische Werkstoffe erzeugen, was eine höherwertige Verwendungsform darstellen kann.

Eine höherwertigere Verwendung pflanzlicher Rohstoffe kann grundsätzlich zu einer langlebigeren und sparsameren Verwendung führen. Für die ErzeugerInnen bieten sich auch Möglichkeiten, ihre Anbausysteme vielseitiger zu gestalten, wobei in der Regel diejenigen Pflanzen angebaut werden, mit denen sich die höchsten Einnahmen erzielen lassen.

## Verwendungskonkurrenzen

Ein weiterer, oft übersehener Faktor ist, dass die meisten Biomasserohstoffe bereits für Nahrungs- und Futtermittel, aber auch für stoffliche und technische Zwecke eingesetzt werden. Nehmen wir den Weizen: Ein knappes Drittel wird direkt für Nahrungsmittel, fast zwei Drittel als Tierfutter verwendet. Ein weiterer Teil, vor allem minderwertigere Weizenpartien, wird für die Biokraftstoffherzeugung verwendet (Ethanol). Wenn wir Lignin größtenteils

für die Plastikherzeugung verwenden würden, müssten die Zellstofffabriken ihre Energieversorgung umstellen. Wenn wir mit dem Zellstoff Kunstfasern (Viskose, Rayon) herstellen und erdölbasierte Chemiefasern ersetzen, dürfen wir nicht mehr so viel Papier verbrauchen.

## Die Devise lautet Suffizienz

Bei einer Steigerung der Biomasseproduktion ist also größte Vorsicht geboten, denn solche Entwicklungen führten in der Vergangenheit häufig zu ökologischen und sozialen Problemen. Zwar wird betont, dass die Versorgung der Produktionsstätten aus nachhaltigen Quellen organisiert werden soll. Im Regelfall entscheiden aber technische und wirtschaftliche Kriterien sowie politische Rahmenbedingungen darüber, was wo und wie angebaut wird. Schäden treten erst viel später auf. So führt eine Übernutzung von Wäldern nur schleichend zur Verschlechterung der Bodenqualität und die Verluste an biologischer Vielfalt sind auch nur ExpertInnen bekannt. Für Ackerböden gilt Ähnliches.

Der einzige Ausweg aus dem Dilemma ist bekannt, aber unbeliebt: Nur mit einer drastischen Verringerung unseres Energie- und Rohstoffverbrauches gelingt es, den Klimawandel zu begrenzen. Die Versorgung mit Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen im Rahmen einer Bioökonomie kann nur ein Teil der Lösung sein.

### Anmerkungen:

- ▶ (1) [www.fdcl.org/wp-content/uploads/2018/05/2018-5-04-Bericht-Bioeconomy-Summit.pdf](http://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2018/05/2018-5-04-Bericht-Bioeconomy-Summit.pdf)
- ▶ (2) [www.forumue.de/10-fragen-zum-bevorstehenden-biooekonomie-gipfel-2018](http://www.forumue.de/10-fragen-zum-bevorstehenden-biooekonomie-gipfel-2018)
- ▶ (3) Quelle u. a.: Pietzsch, J.: Bioökonomie für Einsteiger. Springer Spektrum, Heidelberg 2017, 217 S., 39,99 €, ISBN 978-3662537626.

Der Autor koordiniert die AG Wälder beim Forum Umwelt & Entwicklung und die Dialogplattform Wald.

Kontakt:  
Tel. +49 (0) 30 678 1775 89,  
E-Mail: [maraz@forumue.de](mailto:maraz@forumue.de),  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)



## Eine Erde, die es in sich hat!



»Diese uralte Methode der Indios bietet ganz neue Möglichkeiten für nachhaltiges Gärtnern.«

Caroline Pfützner

Terra Preta aktiviert das Bodenleben und baut eine stabile Humusschicht auf. Die Folge? Gesundes Wachstum und reiche Ernteerträge. Caroline Pfützner zeigt in ihrem Buch, wie man die »Wundererde« selbst herstellen und im Garten oder auf dem Balkon einsetzen kann.

Caroline Pfützner

### Natürlich gärtnern mit Terra Preta Praxiswissen für Garten, Hochbeet und Balkon



oekom verlag, München  
160 Seiten, Klappenbro-  
schur, vierfarbig, mit zahl-  
reiche Abbildungen  
17,- Euro  
ISBN: 978-3-96238-015-1  
Erscheinungstermin:  
26.02.2018  
Auch als E-Book erhältlich

[oekom.de](http://oekom.de)

**oekom**

## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

## Plastiksteuer

**Müll wird teuer**

■ Mit einer Steuer auf nicht recycelte Plastikabfälle will die EU-Kommission die Kreislaufwirtschaft ankurbeln und den neuen EU-Haushalt finanzieren. Das kündigte Haushaltskommissar Günther Oettinger im Mai an.

Künftig sollen die Mitgliedstaaten für jedes Kilogramm Verpackungsmüll aus Plastik, das nicht wiederverwertet wird, 80 Cent an die EU zahlen. Bei der derzeitigen Recyclingquote von 40 Prozent würden das etwa 7 Milliarden Euro neue Einnahmen pro Jahr für die Kommission ergeben. Die Steuer wird als neue eigene Einnahmequelle der EU im Mehrjährigen Finanzrahmen (2020–2027) vorgeschlagen. Gleichzeitig geht die Kommission davon aus, dass das Finanzinstrument einen Anreiz für Mitgliedstaaten schafft, mehr Verpackungsmüll zu recyceln, und damit der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft gefördert wird. Obwohl sie erwartet, dass die Recyclingquote in den nächsten Jahren steigt, rechnet die Kommission bis 2027 mit gleichbleibend hohen Einnahmen aus der neuen Steuer. Das liegt daran, dass sie auch von einem Anstieg der Abfallmenge ausgeht.

Die Allianz Rethink Plastic sieht deshalb durch einen solchen Vorschlag das Prinzip der Abfallhierarchie unterminiert. Demnach solle eine Steuer auf Plastik nicht erst am Lebensende eines Produkts ansetzen, sondern direkt an der Produktion. So könne der Preis für die Herstellung von Kunststoffprodukten erhöht und die Abfallmenge insgesamt reduziert werden.

Der Entwurf des Mehrjährigen Finanzrahmens wird noch im Ministerrat und im Europäischen Parlament diskutiert. [km]

- ▶ Vorschlag der Kommission zu neuen Eigenmitteln: [www.kurzlink.de/ec-plastic-tax](http://www.kurzlink.de/ec-plastic-tax)
- ▶ Kommission: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP-18-3570)
- ▶ Rethink Plastic Alliance: [www.kurzlink.de/rethinkplastic-tax](http://www.kurzlink.de/rethinkplastic-tax)

## Einmalplastik

**Gegen Trinkhalme, Tüten und Teller im Meer**

■ Die EU-Kommission will die häufigsten Einmalplastikprodukte verbieten, um das Plastikmüllaufkommen in den Meeren zu bekämpfen. Das beinhaltet ein Verordnungsentwurf, der Anfang Mai vorab öffentlich geworden ist. So sollen Einmalplastikprodukte, für die nachhaltigere Alternativen bestehen, nach Ansicht der Kommission vom Markt verbannt werden. Das betrifft beispielsweise Geschirr, Besteck und Strohhalm aus Kunststoff. Die Verordnung sieht auch eine Anwendung der erweiterten Herstellerverantwortung vor: Produzenten von Takeaway-Lebensmittelverpackungen, Getränkebehältern, Plastiktüten und weiteren Produkten sollen die Kosten für die Entsorgung und das Recyceln ihrer Produkte tragen, wenn diese an Stränden und im Meer gefunden werden. Hinweise zur richtigen Entsorgung auf den Produkten sollen außerdem das öffentliche Bewusstsein für die Vermüllung der Meere durch Plastik fördern.

Für die dänische EU-Abgeordnete Margrethe Auken (Europäische Grüne) hat der Vorschlag eine entscheidende Schwäche: „Es fehlen Maßnahmen gegen gefährliche Chemikalien, die in vielen Plastikprodukten vorhanden sind. Wir müssen Schadstoffe aus dem Plastik entfernen.“

Der Entwurf wird Ende Mai offiziell vorgestellt und von EU-Parlament und Mitgliedstaaten diskutiert. [km]

- ▶ Geleakter Verordnungsentwurf: [www.kurzlink.de/leak-plastic](http://www.kurzlink.de/leak-plastic)
- ▶ M. Auken: [www.kurzlink.de/greens-efa-2018-04](http://www.kurzlink.de/greens-efa-2018-04)

## Ökodesign

**Reparieren und recyceln**

■ Die VertreterInnen des Umweltausschusses im EU-Parlament fordern die Kommission auf, die Ökodesignrichtlinie der EU ambitionierter und umfassender umzusetzen. Der Ausschuss nahm Anfang Mai einen entsprechenden Berichtsentwurf an.

Die Ökodesignrichtlinie schreibt vor, dass bei der Gestaltung von Produkten auch deren Auswirkungen auf die Umwelt berücksichtigt werden müssen. Nach Ansicht des Ausschusses soll die Umweltverträglichkeit in Zukunft intensiver im Hinblick auf die Herausforderungen einer Kreislaufwirtschaft geprüft werden. Dafür spielen die Zusammensetzung, Haltbarkeit, Demontage, Reparaturfähigkeit und Recyclingfähigkeit eines Produkts eine wichtige Rolle.

Berichterstatterin Frédérique Ries von der liberalen ALDE-Fraktion forderte außerdem, Umsetzungsprozesse klarer und schneller zu gestalten, die nationalen Marktaufsichtsbehörden besser zu koordinieren und auch Smartphones und Mobiltelefone in das Ökodesign-Arbeitsprogramm aufzunehmen.

Der Bericht wird Ende Mai dem Parlamentsplenium vorgelegt. [km]

- ▶ Berichtsentwurf zur Umsetzung der Ökodesignrichtlinie: [www.kurzlink.de/envi-ecodesign](http://www.kurzlink.de/envi-ecodesign)

## Abfallpolitik

**EU auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft**

■ Europäisches Parlament und EU-Ministerrat haben im April und Mai das Gesetzespaket für eine effizientere Abfallwirtschaft angenommen. Die vier erneuerten Richtlinien sollen Abfallmengen in der EU reduzieren und nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern.

Die neuen Regelungen sehen vor, dass bis 2030 60 Prozent der Siedlungsabfälle und 70 Prozent der Verpackungsabfälle wiederverwertet werden. Zudem dürfen die Mitgliedstaaten ab 2035 nur noch höchstens ein Zehntel aller Abfälle deponieren. Im Verlauf der nächsten Jahre wird außerdem die Getrenntsammlung organischer Abfälle, gefährlicher Substanzen und von Textilien Pflicht. Die EU will auch die Verschwendung von Lebensmitteln bekämpfen und wird bis 2023 eine verbindliche Quote für Lebensmittelabfälle erarbeiten. Die neuen Richtlinien harmonisieren

Definitionen und Berechnungsgrundlage für Recyclingquoten und weiten das Prinzip der Herstellerverantwortung aus.

Piotr Barczak, Abfallpolitikexperte beim Europäischen Umweltbüro (EEB), zeigt sich insgesamt zufrieden mit dem Paket. Obwohl die neuen Regelungen ehrgeiziger sein könnten, sei es „nach Jahren der Diskussion jetzt Zeit für die EU-Staaten, den Worten in Bezug auf Abfallreduzierung Taten folgen zu lassen“. [km]

- ▶ EU-Parlament: [www.kurzlink.de/ep-waste-package](http://www.kurzlink.de/ep-waste-package)
- ▶ Aufzeichnung der Debatte im EU-Parlament: [www.kurzlink.de/ep-debate-waste](http://www.kurzlink.de/ep-debate-waste)
- ▶ EEB: [www.kurzlink.de/eeb-waste-monitoring](http://www.kurzlink.de/eeb-waste-monitoring)

#### EU-Chemikalienpolitik/REACH

### Weniger Gift in Kleidung und Schuhen

Der REACH-Regelungsausschuss aus VertreterInnen der EU-Mitgliedstaaten hat sich Anfang Mai für ein Verbot von 33 gesundheitsschädlichen Substanzen in Textilien ausgesprochen. Der Beschränkungsvorschlag bezieht sich auf krebserregende, fortpflanzungsschädliche und DNA-schädigende Stoffe (CMR-Sub-

stanzen), die nicht mehr in Kleidung, Schuhen und anderen Textilien enthalten sein dürfen. Betroffen sind Cadmium, Chrom, Arsen, Blei und dessen Verbindungen, verschiedene polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, Formaldehyd, Phthalate, das Lösungsmittel Dimethylacetamid und bestimmte Färbemittel. Bisher gelangen die Substanzen während des Produktionsprozesses in die Textilien oder werden nach der Fertigung hinzugefügt, um beispielsweise Kleidung beim Waschen am Einlaufen zu hindern oder knitterfreie Stoffe zu erhalten.

Im Vorfeld der Ausschusssitzung hatte ein Bündnis aus Umweltverbänden gefordert, alle circa 300 CMR-Substanzen zu verbieten. Entsprechend enttäuscht ist Monique Goyens, Generaldirektorin der europäischen Verbraucherschutzorganisation BEUC, von dem Vorschlag: „Die EU hat eine Möglichkeit verpasst, Konsumenten besser zu schützen.“

Die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament müssen dem Vorschlag noch zustimmen. Danach tritt er innerhalb von zwei Jahren in Kraft. [km]

- ▶ EU-Kommission: [www.ec.europa.eu/environment/chemicals/news\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/chemicals/news_en.htm)
- ▶ Brief NGO-Bündnis an REACH-Ausschuss: [www.kurzlink.de/ngo-statement-cmr](http://www.kurzlink.de/ngo-statement-cmr)
- ▶ BEUC: [www.kurzlink.de/beuc-cmr](http://www.kurzlink.de/beuc-cmr)

#### Nanomaterialien

### Endlich Klarheit

Der REACH-Ausschuss hat Ende April Informationspflichten für Nanomaterialien festgelegt. Umweltverbände und die Europäische Chemikalienagentur fordern eine solche Regelung bereits seit vielen Jahren.

Die Hersteller von Nanomaterialien müssen in Zukunft darüber informieren, welche grundlegenden Eigenschaften die Stoffe besitzen, welche Gefahren sie bergen und wie sie sicher verwendet werden können. Bisher hatte die EU nicht klar geregelt, wie Nanomaterialien im Rahmen der Chemikalienverordnung REACH registriert und bewertet werden sollen. Das hatte dazu geführt, dass die EU-Behörden die Menge der Nanomaterialien und das von ihnen ausgehende Risiko für Menschen und Umwelt nicht richtig einschätzen konnten. Ein Bündnis aus Umweltverbänden hatte vor der Ausschusssitzung deshalb gefordert, das Risikomanagement für Nanomaterialien unter REACH besser zu regulieren. Wenn die Änderungen der Verordnung vom EU-Parlament und den Mitgliedstaaten angenommen werden, treten sie im Januar 2020 in Kraft. [km]

- ▶ EU-Kommission: [www.ec.europa.eu/environment/chemicals/news\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/chemicals/news_en.htm)
- ▶ Brief NGO-Bündnis an REACH-Ausschuss (PDF): [www.kurzlink.de/nano-umwelt-04.2018](http://www.kurzlink.de/nano-umwelt-04.2018)

## GAIA Masters Student Paper Award

**Have your work awarded and published in a renowned scientific journal!**

The international journal GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society invites Masters students to participate in the

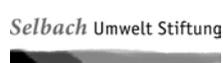
**2019 GAIA Masters Student Paper Award.**

**Submission guidelines and more information:**  
[www.oekom.de/zeitschriften/gaia/student-paper-award](http://www.oekom.de/zeitschriften/gaia/student-paper-award)

**Deadline: November 5, 2018. Anticipated publication date: June 2019.**



The winner will be granted a prize money of EUR 1,500 endowed by the Selbach Umwelt Stiftung, as well as a free one-year subscription to GAIA, including free online access.



## Vergiftet die Industrie unsere Kinder?



»Dieses Buch muss man lesen! Es ist ein Weckruf für uns alle.«

Renate Künast

Die Debatte um Glyphosat zeigt: Geht es um die Gefahren, die durch Pestizide drohen, werden Daten geschönt und Bedenken ignoriert; besonders unsere Kinder sind massiv gefährdet. André Leu entlarvt die Mythen über »sichere Pestizide« und zeigt gesunde Alternativen auf.

André Leu

### Die Pestizidlüge Wie die Industrie die Gesundheit unserer Kinder aufs Spiel setzt



oekom verlag, München  
ca. 256 Seiten, Klappen-  
broschur  
20,- Euro  
ISBN: 978-3-96238-013-7  
Erscheinungstermin:  
26.02.2018  
Auch als E-Book erhältlich

oekom.de



### EDC-Kriterien

## Keine Einwände

■ Die EU-Kommission hat die im Dezember ausgehandelten Kriterien für hormonell wirksame Stoffe in Pestiziden Ende April offiziell angenommen. Ein Wirkstoff gilt laut der neuen Verordnung als endokriner Disruptor (EDC), wenn er schädliche Auswirkungen bei einem Organismus zeigt, die Funktion des Hormonsystems verändert und die schädlichen Auswirkungen eine Folge der endokrinen Wirkungsweise sind.

Die EU-Institutionen hatten sich jahrelang nicht auf eine Definition für EDCs in Pflanzenschutzmitteln einigen können. Im Dezember hatte der zuständige Ausschuss die mehrmals überarbeiteten Kriterien angenommen, nachdem Ausnahmen für Stoffe, die gezielt hormonell schädigend wirken, wieder aus dem Entwurf entfernt wurden. Die neuen Kriterien gelten ab dem 20. Oktober. [km]

- ▶ EU-Kommission: [www.kurzlink.de/ec-sante-edcs](http://www.kurzlink.de/ec-sante-edcs)
- ▶ **Verordnungsänderung:**  
[www.kurzlink.de/edc-def.04.2018](http://www.kurzlink.de/edc-def.04.2018)
- ▶ **Stellungnahme NGOs:**  
[www.kurzlink.de/ngo-statement-edcs](http://www.kurzlink.de/ngo-statement-edcs)

### Antibiotika

## Unheilvolle Heilmittel

■ Umweltorganisationen haben die EU-Kommission Mitte April aufgefordert, gegen die Ausbreitung von Arzneimitteln in der Umwelt vorzugehen. In einem Brief an den Kommissionsvizepräsidenten Frans Timmermans brachten das Europäische Umweltbüro (EEB), die Changing Markets Foundation, Healthcare without Harm und das Pestizid Aktions-Netzwerk ihre Besorgnis über die fehlende EU-Gesetzgebung zu Arzneimittelrückständen in der Umwelt zum Ausdruck. Dies sei „angesichts der Tatsache, dass pharmazeutische Verschmutzung ein Risiko für die Umwelt und die Gesundheit von Umwelt und Menschen darstellt“, unhaltbar.

Wenn Medikamente in Böden und Gewässer gelangen, könnten sie die dort

lebenden Tiere und ganze Ökosysteme gefährden. Sie förderten zudem die Entwicklung antibiotikaresistenter Keime, die die Behandlung von Krankheiten unmöglich machen. Der Anstieg von Antibiotikaresistenzen durch Medikamente in der Umwelt wurde von den Vereinten Nationen als eine der aktuell größten Gefahren für die öffentliche Gesundheit eingestuft. [km]

- ▶ EEB: [www.kurzlink.de/metamag-pharma](http://www.kurzlink.de/metamag-pharma)
- ▶ NGO-Brief: [www.kurzlink.de/ngo-letter-pharma](http://www.kurzlink.de/ngo-letter-pharma)

### Luftverschmutzung I

## Sieben Millionen Tote pro Jahr

■ Die Anfang Mai von der Weltgesundheitsorganisation WHO vorgestellten neuesten Daten zur weltweiten Luftverschmutzung geben nur wenig Anlass zur Hoffnung: Die WHO schätzt, dass neun von zehn Menschen auf der Welt dreieckige Luft einatmen, und berichtet, dass die Verschmutzungswerte in den letzten sechs Jahren kaum gesunken sind.

Die schlechteste Luft müssen die BewohnerInnen der östlichen Mittelmeerregion und Südasiens ertragen, wo die Jahresmittelwerte die WHO-Grenzwerte häufig um das Fünffache überschreiten. Die Zahlen beziehen sich auf die Verschmutzung durch Feinstaubpartikel, die vor allem durch Industrieanlagen, Landwirtschaft, Transport, Kohlekraftwerke, Wüstensand, Müllverbrennung und veraltete Öfen in Haushalten in die Luft gelangen. Dieser Feinstaub schädigt die Lunge und das Herz-Kreislaufsystem und führte 2016 laut WHO zu sieben Millionen Todesfällen weltweit. Die WHO fordert in ihrem Bericht „koordiniertes Regierungshandeln auf allen Ebenen“ und „Lösungen für nachhaltigen Transport, effizientere und erneuerbare Energieproduktion und -nutzung und Abfallbehandlung“.

Die Daten stammen aus der umfangreichsten Datenbank zur Luftqualität, die Messungen aus 4.300 Städten in 108 Ländern enthält. [km]

- ▶ WHO: [www.kurzlink.de/who-pollution-data](http://www.kurzlink.de/who-pollution-data)

## Luftverschmutzung II

### EU fordert saubere Luft vor Gericht ein

■ Die EU wird Deutschland und fünf weitere Mitgliedstaaten wegen ständiger Überschreitung der Luftqualitätswerte vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen. Das kündigte Umweltkommissar Karmenu Vella Mitte Mai in Brüssel an.

Die Regierungen der betroffenen Staaten konnten die EU-Kommission nicht davon überzeugen, in absehbarer Zeit für saubere Luft in ihren Städten sorgen zu können. Neben Deutschland müssen sich auch Frankreich, Italien, Ungarn, Rumänien und Großbritannien bald vor dem Europäischen Gerichtshof erklären. Die Länder überschreiten seit Jahren die Grenzwerte für Stickstoff beziehungsweise Feinstaub in der Luft. Nun ist der Kommission der Geduldssaden gerissen: „Die Mitgliedstaaten, die wir heute vor Gericht bringen, haben in den letzten zehn Jahren genug ‚letzte Chancen‘ erhalten, um die Situation zu verbessern“, erklärte Vella.

Margherita Tolotto, Luftqualitätsexpertin beim Europäischen Umweltbüro, ist zufrieden mit der Entscheidung der Kommission: „Jeder in Europa hat das gleiche Recht auf saubere Luft. Wenn nationale Regierungen den EU-Schutz nicht liefern, ist es richtig, dass die Europäische Kommission einspringt.“ [km]

- ▶ EU-Kommission: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP-18-3450)
- ▶ EEB: [www.kurzlink.de/metamag-air-cases](http://www.kurzlink.de/metamag-air-cases)

## Verbrennungsanlagen

### Mehr Infos über Schadstoffe zur besseren Kontrolle

■ Nach dreijährigen Verhandlungen hat sich die technische Arbeitsgruppe des Sevilla-Prozesses Ende April auf neue Umweltstandards für Müllverbrennungsanlagen geeinigt.

Die neuen Referenzdokumente für die

beste verfügbare Technik (BREF) sehen vor, dass der Ausstoß von Quecksilber und Dioxinen durch die Abfallverbrennung kontinuierlich beziehungsweise in unregelmäßigen Abständen überwacht wird. Das Europäische Umweltbüro (EEB) nahm als Umweltvertreter an der Arbeitsgruppe teil und sieht in den neuen Überwachungsregeln eine Möglichkeit, die wahren Umweltauswirkungen der Anlagen besser zu erfassen.

In Bezug auf die beschlossenen Grenzwerte für Quecksilber 20 Milligramm pro Normkubikmeter (20 mg/Nm<sup>3</sup>) und Stickstoff (150 mg/Nm<sup>3</sup> für neue und 180 mg/Nm<sup>3</sup> für Anlagen ohne Katalysator) sieht das EEB noch viel Potenzial für Verbesserungen. In einer Bewertung der neuen Referenzdokumente stellt es fest, dass „die neuen Standards nicht gewährleisten, dass die neuesten und besten Techniken verwendet werden, um die Emissionen zu senken. [...] Verbrennungsanlagen werden noch viele Jahre lang mehr verschmutzen dürfen als notwendig.“

Bevor die neuen Standards in die Industrieemissionsrichtlinie übernommen werden, müssen noch das zuständige Forum und der Ausschuss der Mitgliedstaaten zustimmen. [km]

- ▶ EEB/Metamag: [www.kurzlink.de/metamag-bref-final](http://www.kurzlink.de/metamag-bref-final)

## KLIMA & ENERGIE

### UN-Klimakonferenz

#### Wenig Bewegung

■ Im Mai hat eine Zwischenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen in Bonn stattgefunden. Doch zu konkreten Beschlüssen für das gemeinsame Regelwerk (Common Rulebook) des Klimaabkommens von Paris rangen sich die Delegationen nicht durch. Bis zum UN-Klimagipfel im Dezember bleibt noch viel zu tun, um dieses Handbuch zu entwickeln.

Positiv wurde der Talanoa-Dialog auf-

genommen, der erstmals stattfand. Der Begriff bezeichnet ein lockeres Gesprächsformat, bei dem die SprecherIn Geschichten erzählt, statt politische Verhandlungen zu führen. Jedoch sind die größten Knackpunkte nicht ausgeräumt: Fragen der Klimafinanzierung, die Anhebung nationaler Klimaziele sowie einheitliche, miteinander vergleichbare Berichtssysteme.

Rixa Schwarz, Teamleiterin für Internationale Klimapolitik bei der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch lobte „Fortschritte bei einigen technischen Fragen und das wichtige Mandat an die Vorsitzenden, bis zur nächsten Verhandlungsrunde“. Dann müsse aber schneller und zielgerichteter verhandelt werden als in Bonn.

Der Präsident des Naturschutzbunds (NABU) Olaf Tschimpke sagte: „Eigentlich ist es schon längst fünf nach zwölf, Verhandlungsfortschritte sind kaum sichtbar. Noch in diesem Jahr muss das Regelwerk fertig werden, nach dem das Pariser Klimaabkommen ab dem Jahr 2020 umgesetzt werden kann.“

Eine nächste Zwischenkonferenz ist vom 3. bis 8. September in Bangkok anberaumt. Vom 3. bis 14. Dezember wird die COP24 in Katowice stattfinden. [aw]

- ▶ UN FCCC: [www.unfccc.int](http://www.unfccc.int)
- ▶ Germanwatch: [www.germanwatch.org/de/15434](http://www.germanwatch.org/de/15434)
- ▶ NABU: [www.kurzlink.de/bonn-klima-100518](http://www.kurzlink.de/bonn-klima-100518)

### EU-Klimaziele 2050

#### Sieben Staaten wollen mehr

■ VertreterInnen aus sieben EU-Mitgliedstaaten haben im April gefordert, dass die langfristigen EU-Klimaziele mit dem Klimaabkommen von Paris in Übereinstimmung gebracht werden müssen.

RepräsentantInnen aus Finnland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Schweden und Deutschland kamen in Paris darin überein, eine neue langfristige Klimaschutzstrategie auf EU-Ebene zu entwickeln. Insbesondere sollen die Verpflichtungen des Klimaabkommens

von Paris von 2015 Eingang finden. Das Ziel für 2050 müsse null klimaschädliche Emissionen sein. Die ebenfalls anwesende EU-Kommission ließ durch einen Vertreter versichern, dass sie so schnell wie möglich eine neue, den Pariser Klimazielen angepasste Langzeitstrategie erarbeiten werde. So hatten es die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel im März verlangt.

Wendel Trio, Direktor von CAN Europe, und Imke Lübbecke, Klima- und Energieexpertin der Umweltstiftung WWF, begrüßten die multilaterale Allianz. [aw]

- ▶ Forderungen der sieben EU-Länder: [www.kurzlink.de/statement-250418](http://www.kurzlink.de/statement-250418)
- ▶ CAN: [www.kurzlink.de/can-pm-250418](http://www.kurzlink.de/can-pm-250418)
- ▶ WWF: [www.wwf.eu/?uNewsID=326810](http://www.wwf.eu/?uNewsID=326810)

#### Erneuerbare und Effizienz

### Herantasten an 30 Prozent

■ Mitte Mai haben Trilogie zur Novellierung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und der Energieeffizienz-Richtlinie stattgefunden. Dem Energierat erscheint ein Erneuerbaren-Anteil am Gesamtenergiemix von mehr als 27 Prozent bis 2030 nicht mehr völlig abwegig. Allerdings verlangt das EU-Parlament einen deutlich höheren Anteil von 35 Prozent. Auch die EU-Kommission strebt mindestens 30 Prozent an, da die Kosten für Erneuerbare erheblich gesunken seien.

Bei der EED gehen die Vorstellungen über die Höhe der Energieeinsparungen bis 2030 auseinander: Das EU-Parlament verlangt mindestens 35 Prozent, viele Regierungen der Mitgliedstaaten tun sich schon mit 30 Prozent schwer. Das Parlament verharrt bei ehrgeizigeren 35 Prozent bis 2030.

Die bulgarische Ratspräsidentschaft will anscheinend die Trilogieverfahren noch im Juni zum Abschluss bringen. Für den 29. und 30. Mai sind weitere Trilogie angekündigt (nach Redaktionsschluss). [aw]

- ▶ Informeller Energierat: [eu2018bg.bg/en/news/901](http://eu2018bg.bg/en/news/901)
- ▶ ENDS (kostenpflichtig): [www.endsurope.com/article/52639](http://www.endsurope.com/article/52639)

#### EU-Klimaschutz

### Keine gute Figur

■ Die EU-Statistikbehörde hat im Mai vorläufige Zahlen vorgelegt, denen zufolge die CO<sub>2</sub>-Emissionen im europäischen Energiesektor in 2017 angestiegen sind. Eurostat beziffert die EU-weite Zunahme auf 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In 20 EU-Mitgliedstaaten legte der CO<sub>2</sub>-Ausstoß teils erheblich zu. Dreckiger Spitzenreiter ist Malta (fast plus 13 Prozent), gefolgt von Estland (plus 11,3 Prozent) und Bulgarien (plus 8,3 Prozent). Sieben EU-Länder konnten ihre klimaschädlichen Emissionen verringern. Die stärksten Rückgänge gab es in Finnland (minus 5,9 Prozent), Dänemark (minus 5,8 Prozent) und in Großbritannien (minus 3,2 Prozent). Deutschland wies nur 0,2 Prozent weniger Emissionen im Energiesektor auf. Schweden fehlt in der Analyse. [aw]

- ▶ Eurostat: [www.kurzlink.de/eurostat-040518](http://www.kurzlink.de/eurostat-040518)

#### Nord Stream 2

### Bagger rollen an

■ Der Bau der umstrittenen Gaspipeline Nord Stream 2 hat in Mecklenburg-Vorpommern begonnen – trotz der Anfang Februar vom Naturschutzbund NABU am Oberverwaltungsgericht Greifswald eingereichten Klage und eines im Mai vorgelegten Eilantrags auf Zwischenverfügung. Mitte Mai starteten die Baggerarbeiten am Anlandepunkt Lubmin. NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller erklärte: „Das ist ein schwarzer Tag für den Meeres- und den Klimaschutz, aber auch für das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland. Das Beteiligungs- und Klagerecht der Naturschutzverbände wird von Nord Stream 2 mit Füßen getreten. Wir appellieren eindringlich an das Gericht, einen sofortigen Baustopp zu verhängen.“

Auch die britische Umweltrechtsorganisation ClientEarth wurde aktiv. Sie reichte im Mai bei einem finnischen Gericht Klage gegen Nord Stream 2 ein. Nach Auffassung der Umweltschützer hätte die zuständige

Behörde keine Bauerlaubnis für die finnische Sonderwirtschaftszone erteilen dürfen. Die Datengrundlage sei unvollständig und fehlerhaft. [aw]

- ▶ NABU: [www.kurzlink.de/nordstream-110518](http://www.kurzlink.de/nordstream-110518), [www.kurzlink.de/nordstream-150518](http://www.kurzlink.de/nordstream-150518)
- ▶ ClientEarth: [www.kurzlink.de/ce-pipeline-140518](http://www.kurzlink.de/ce-pipeline-140518)

#### Erneuerbare-Energien-Gesetz

### Sonderausschreibungen auf der Kippe

■ Nach Informationen der Klimareporter sorgen die im Koalitionsvertrag vereinbarten Sonderausschreibungen für Erneuerbare für heftigen Streit im Bundeskabinett. Die geplanten 4.000 Megawatt Solar- und Windkraftanlagen waren nämlich nicht im Referentenentwurf über ein „100-Tage-Gesetz“ des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWI) enthalten. Dieses Gesetz soll die dringlichsten Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durchsetzen.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) warnte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) vor Vertragsbruch. Es sei „nicht akzeptabel“, dass die vereinbarten Sonderausschreibungen entfallen sollen. Laut Klimareporter wolle das BMWI den Gesetzesentwurf noch mal aufschüren. Ursprünglich sollte das Gesetz noch im Juli vor der Sommerpause verabschiedet werden. Dieser Zeitplan ist wohl nicht mehr zu halten. [aw]

- ▶ [www.kurzlink.de/klimareporter2018-05](http://www.kurzlink.de/klimareporter2018-05)

#### Deutscher Klimaschutz

### Bundesländer machen Dampf

■ Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) haben im April Post von den Umwelt- und Energieministern aus elf Bundesländern bekommen. Ihre Botschaft an die Bundesregierung ▶

## „Im Koalitionsvertrag sind 1,5 Milliarden für den Strukturwandel festgeschrieben“

Die Emissionen aus der Kohleverbrennung heizen ungebremst das Klima an. Werden die Kohlekraftwerke nicht gedrosselt, verfehlt Deutschland sein Klimaziel und kann die Energiewende nicht bewältigen. Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ soll den Kohleausstieg erarbeiten. Dabei müssen die Betroffenen beteiligt werden, sagt Tobias Pforte-von Randow.

**Im Namen der Kommission steht Wachstum an erster Stelle. Umweltverbände plädieren für eine ausgewogene Berücksichtigung ökonomischer, sozialer und ökologischer Interessen. Wer sollte dafür in der Kommission sitzen?**

Neben den Umweltverbänden müssen es natürlich die Betroffenen sein. Das heißt in erster Linie die Gewerkschaften, dazu die betroffenen Länder. Und bei den betroffenen Ländern ist es uns wichtig, dass es nicht nur die Braunkohleländer sind, sondern auch die, die von einem Ausstieg aus der Kohle tendenziell profitieren können. Das heißt die, in denen besonders viele Erneuerbare sind, zum Beispiel Niedersachsen oder Schleswig-Holstein. Zudem wollen wir, dass der Ausstieg als gesamtgesellschaftliches Thema angegangen wird. Auf jeden Fall sollen auch europäische und von Braunkohle betroffene Bürger beteiligt werden.

**Wie viele Beschäftigte gibt es in der Kohlebranche?**

Wir sprechen deutschlandweit im Kohlesektor von etwas unter 20.000 Personen. Das ist aber auch schon groß gefasst, das heißt, Kraftwerke, Tagebau, direkte Zulieferer. Die sind sozusagen von der Kohle direkt betroffen, das ist im Verhältnis zu anderen Branchen wirklich wenig. Nichtsdestotrotz ist klar, dass wir uns um die kümmern müssen. Und wenn wir eine sozial-ökologische Transformation haben wollen, dann heißt das natürlich auch, dass wir mit denen arbeiten müssen. Und das heißt nicht, wie können wir das sozialpolitisch abfedern, sondern ich finde es richtig, dass es eine struktur- und regionalspezifische Frage ist. Das bedeutet, dass wir neue Perspektiven für diese Region und die Menschen, die bisher in der Kohlebranche gearbeitet haben, finden.

**Wie müsste ein gerechter Übergang aussehen?**

Es gibt unterschiedliche Wege. Ohne Brüche wird es nicht funktionieren können. Gleichwohl gibt es verschiedene Ansätze wie die Ansiedlung von technischen Forschungsinstitutionen in den Kohlerevieren, an denen sich dann eine Form von Industrie entwickeln kann; zum Beispiel Adlershof in Berlin, wo das gelungen ist. Es gibt auch Ideen, die vorhandene Infrastruktur, etwa in der Lausitz, für großflächige Industrieanlagen zu nutzen, die auf Erneuerbaren-Basis funktionieren. Das Problem ist, dass

bisher die Finanzierung für solche strukturpolitischen Wege nicht so klar war. Jetzt ist im Koalitionsvertrag festgehalten, dass über die Legislatur 1,5 Milliarden für diesen Strukturwandel bereitgestellt werden sollen.

**Wie muss sich das Wirtschaftssystem ändern, damit die planetaren Grenzen in der Energiegewinnung und -nutzung nicht überschritten werden?**

Grundlegend. Punkt. Wir diskutieren sehr, sehr viel über die Energiegewinnung, aber dies ist das kleinste der Transformationsprobleme, vor denen wir stehen. Wenn man sich die Industrie anguckt, wenn man sich die Landwirtschaft ansieht, und erst recht, wenn man sich den Verkehr anguckt, ist klar, die Herausforderungen sind immens. Und es ist immer eine Mischung. Wir brauchen auf der einen Seite ein Wachstum neuer grüner Technologien, die dann die Grundlage bilden können. Wir brauchen in gleichem Maße ein Abschmelzen energie- und ressourcenintensiver Energien. In vielen Bereichen wird es auch darum gehen müssen, dass wir Qualität vor Quantität setzen, aus einer reinen Wachstumslogik ausbrechen und Möglichkeiten ausloten, wie wir die Sozialsysteme auf eine andere finanzielle Grundlage stellen.

**Was hat die sogenannte Kohleausstiegskommission als Erstes zu tun, um das 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens zu erreichen?**

Wenn man Klimaschutz nicht nur in Prozenten und Zielen angibt, sondern den Budgetansatz zugrunde legt, dann müssen wir möglichst früh, möglichst schnell, möglichst viele Emissionen einsparen, weil diese sich in der Atmosphäre kumulieren. Also müssen wir als Allererstes massiv Kohlekapazitäten aus dem Markt nehmen. Wir, ein großes Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, weit über die Klimaszene hinaus, fordern, bis 2020 die Hälfte aller Kohlekraftwerke stillzulegen. Das wären 20 Gigawatt und damit der notwendige Beitrag der Energiewirtschaft zur Erreichung des 2020-Ziels. Das wird schwer durchzusetzen sein, nichtsdestotrotz ist das der Anspruch. Die Klimawissenschaft lässt schwer mit sich verhandeln, weil es letztendlich um Physik geht.

**Im Koalitionsvertrag steht, dass die Kommission ein endgültiges Ausstiegsdatum aus der Kohleenergie festlegen soll. Bis wann?**

Das endgültige Ausstiegsdatum ist ein Stück weit eine Symboldebatte. Sie ist nicht unwichtig, weil wir wissen wollen, wann es vorbei ist, aber ob wir 2030 oder 2035 den letzten Block abschalten, ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist tatsächlich der Pfad. Und da gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen. Viele Akteure stellen sich vor, dass sie bis 2040 einfach so weitermachen können mit der Kohleerstromung. Und dann wird einfach abgeschaltet. Wir sagen ganz klar, der Abschaltplan oder ein Kohleausstiegspfad muss jetzt sehr schnell beginnen. Es ist ganz einfach davon abhängig, wie lange der letzte Meiler noch laufen kann. Wenn wir sehr ambitioniert einsteigen, dann ist es auch möglich, irgendeinen Meiler oder einen WärmeverSORger, bei dem es teuer und schwierig wäre, den sofort zu ersetzen, zwei Jahre länger laufen zu lassen.

**„In Deutschland gehen die Öfen aus“ – was ist dran an diesem Unkenruf der Industrie?**

Deutschland ist übertouriert ohne Ende. Wir exportieren 50 Terawattstunden pro Jahr in andere Länder, das ist etwa die gesamte Stromerzeugung der fünf größten deutschen Atomkraftwerke. Die Versorgungssicherheit ist wichtig, denn, wäre die nicht gewährleistet, würde auch sofort die Akzeptanz für die Energiewende schwinden. Es gibt Dutzende belastbare Szenarien, die sagen, wie viel Kohle man wann abschalten kann. Wir müssen in Speicher investieren, damit wir den erneuerbaren Strom sinnvoll grundlastfähig machen können. Wir brauchen den temporären Zubau auch von Gaskraftwerken, wo es notwendig ist. Wir brauchen vor allem auch eine neue Akzeptanz in Bundesländern, die bisher beim Ausbau der Erneuerbaren weit zurück sind, für zusätzliche Onshorewind- und Fotovoltaikanlagen.

[Interview: Marion Busch]

**Tobias Pforte-von Randow arbeitet beim DNR als Koordinator für Politik & Gesellschaft.**

**Kontakt:**  
tobias.pfortevonrandow@dnr.de  
www.dnr.de



## Zum Staunen für jeden Naturliebhaber



„Jede Pflanze hat ihre Besonderheit.“

Ewald Weber

Der Biologe Ewald Weber lädt ein zu einer faszinierenden Reise von der Ostsee bis zu den Bergspitzen der Alpen. In unterhaltsamen Essays stellt er 25 heimische Wildpflanzen vor. Kunstvoll illustriert von Rita Mühlbauer wird das Buch alle begeistern, die die Natur schätzen und lieben.

Ewald Weber

**Die Pflanze, die gern Purzelbäume schlägt ...**  
**...und andere Geschichten von Seidelbast, Walnuss & Co.**



oekom verlag, München  
 240 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, viele vierfarbige Illustrationen  
 22,- Euro  
 ISBN: 978-3-96006-028-4  
 Erscheinungstermin: 26.02.2018  
 Auch als E-Book erhältlich

oekom.de

 oekom

lautet: Deutschland muss mehr tun für Klimaschutz und die Energiewende. Die erneuerbaren Energien müssten stärker ausgebaut werden. Dazu bedarf es Sonderausschreibungen in 2019 und 2020. Deutlich mehr Anstrengung sei auch beim Ausbau des Stromnetzes nötig. Sie schlagen einen Stromnetz-Ausbau-Gipfel und daran anknüpfende regelmäßige Arbeitstreffen vor. Der Kohleausstieg muss verbindlich gesetzlich festgelegt sein. Keine neuen Kohlekraftwerke und Tagebaue nicht ausweiten. Die MinisterInnen befürworten die Einführung eines wirkmächtigen CO<sub>2</sub>-Preises sowohl für die Energiewirtschaft und Industrie als auch für Wärme und Verkehr. Schließlich müsse die Bundesregierung das Prinzip „Efficiency First“ ernsthaft umsetzen. [aw]

► Brief: [www.kurzlink.de/bureg-brief-270418](http://www.kurzlink.de/bureg-brief-270418)

### Gebäude-Energieeffizienz

## Fehlt im Bundeshaushalt

■ Das Bundeskabinett hat im Mai den zweiten Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2018 und die Eckwerte für 2019 sowie für den Finanzplan bis 2022 beschlossen. Der Umweltetat soll aufgestockt werden, vor allem mit Mitteln für internationalen Klimaschutz, Naturschutz sowie Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle. Im Vergleich zum Vorjahr steigt das Ausgabevolumen 2018 für Umwelt um 371 Millionen Euro oder 23 Prozent.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat den Haushaltsentwurf dafür kritisiert, dass entgegen den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung nicht auftaucht. Die DUH forderte die Bundesregierung auf, ein Programm zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung auf den Weg zu bringen und die Sanierungsrate im Bestand von derzeit 0,8 Prozent auf mindestens 2 Prozent jährlich zu erhöhen. [aw]

► [www.kurzlink.de/bureg-haushalt-0518](http://www.kurzlink.de/bureg-haushalt-0518)

► DUH: [www.kurzlink.de/energ-sani-070518](http://www.kurzlink.de/energ-sani-070518)

### Atommüll-Endlagersuche

## Bericht übergeben

■ Die Mitglieder des Nationalen Belegitremiums haben im Mai ihren ersten Tätigkeitsbericht an die zuständigen Abgeordneten aller Bundestagsfraktionen überreicht. Das Gremium appellierte an die ParlamentarierInnen, schnell eine gesetzliche Grundlage für die Veröffentlichung aller verfügbaren geologischen Daten zu schaffen. Das Geowissenschaftsdatengesetz sei nötig, um von Anfang an Transparenz im Standortauswahlverfahren für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle zu schaffen.

Auf einem Fachworkshop, den das Belegitremium am 18. Juni in Hannover ausgerichtet, sollen Fragen der Transparenz und Veröffentlichung aller abgefragten und bewerteten geologischen Daten diskutiert werden. [aw]

► [www.kurzlink.de/nbg-170518](http://www.kurzlink.de/nbg-170518)

► [www.kurzlink.de/nbg-workshop](http://www.kurzlink.de/nbg-workshop)

### Kohle- und Atomkraft

## Der doppelte Ausstieg

■ Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat im Mai einen Abschaltplan für deutsche Atomkraftwerke (AKW) und Kohlekraftwerke veröffentlicht. Zentrales Ergebnis der Analyse ist, dass das Stilllegen der klimaschädlichsten Kohlekraftwerke bis 2020 und eine deutliche Beschleunigung des Atomausstiegs in Deutschland möglich sind, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger erklärte: „Wir wollen mit unserer Analyse zeigen, dass viel mehr möglich ist, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist.“

Die sieben AKW, die noch am Netz sind, bedeuteten ein ständiges Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung und müssten so schnell wie möglich stillgelegt werden. Laut Studie „Atomkraft 2018 – sicher, sauber, alles im Griff?“ im Auftrag des BUND vom April dieses Jahres ist in Deutschland jederzeit ein größerer Störfall oder ein

Super-GAU möglich. Ausreichende Katastrophenschutzpläne lägen nicht vor. [aw]

- ▶ Abschaltplan: [www.kurzlink.de/bund-abschaltplan](http://www.kurzlink.de/bund-abschaltplan)
- ▶ Studie: [www.kurzlink.de/bund-atomstrom-2018](http://www.kurzlink.de/bund-atomstrom-2018)

## KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Datenschutzgrundverordnung

## Europäisches Recht wird harmonisiert

■ Am 25. Mai sind die Regelungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) EU-weit verbindlich geworden. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) begrüßt die DSGVO. Neben der Harmonisierung des Rechts bringe insbesondere das neue Marktortprinzip für Verbraucherinnen und Verbraucher Vorteile.

Auch Vereine und gemeinnützige Organisationen müssen sich umstellen (siehe umwelt aktuell 02.2018, S. 29). [jg]

- ▶ [www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### EU-Agrarbudget

## Zukunftsorientierte Landwirtschaft als Ziel

■ Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundesaußenminister Heiko Maas sollen sich mit Nachdruck für echte Gemeinwohlleistungen im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU einsetzen, um die notwendigen Voraussetzungen für eine nachhaltige europäische Landwirtschaft zu schaffen. Das forderten Mitte Mai BUND, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), NABU, Greenpeace, Deutscher Tierschutzbund, WWF Deutschland und der Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring in einem offenen Brief.

Der Anfang Mai vorgelegte Entwurf von EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger sieht eine Kürzung der EU-Agrargelder besonders bei den Mitteln für die ländliche Entwicklung vor. In dieser sogenannten zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) finden sich auch die ambitioniertesten Umweltmaßnahmen wieder. „Oettingers zukünftige Agrar-Milliarden dürfen Mensch und Artenvielfalt nicht schaden, sondern müssen gezielt öffentli-

che Leistungen honorieren. Der deutsche Finanz- und der Außenminister sollten sich dringend gegen die rückwärtsgewandte Gießkannenpolitik pauschaler Flächenprämien stellen und sich für Mensch und Natur in Deutschland und Europa einsetzen“, sagte DNR-Generalsekretär Florian Schöne. EU-Gelder müssten in Gemeinwohlleistungen wie Agrarumweltmaßnahmen fließen, die gesunde Produkte und Artenvielfalt auf den Feldern ermöglichen.

Auch der Landwirtschaftsausschuss des EU-Parlaments sprach sich im Mai gegen eine Kürzung der Mittel aus. Der Bericht des Ausschusses zur Mitteilung der Kommission über die künftige Agrarpolitik, der „Dorfmann-Report“, ist in Arbeit.

Die EU-Kommission wird ihre Gesetzesentwürfe für die GAP nach 2020 voraussichtlich am 1. Juni veröffentlichen. [lr]

- ▶ DNR: [www.kurzlink.de/dnr-gap-mfr-15.05.18](http://www.kurzlink.de/dnr-gap-mfr-15.05.18)

### EU-Agrarreform

## Pläne der EU-Kommission nach 2020 durchgesickert

■ Ende April ist ein geleaktes Dokument zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 an die Öffentlichkeit ▶

## Nachhaltigkeit

A-Z



## K wie Konsumkritik

Repair-Cafés, Urban-Gardening-Angebote oder Schnippeldiskos sind drei aktuelle und populäre Formate, bei denen die derzeitige Konsumgesellschaft hinterfragt wird – und bei denen Alternativen entwickelt und praktiziert werden. Ein 18-köpfiges Team von Autorinnen und Autoren zeigt, wie konsumkritische Projekte und Praktiken heute entstehen, und untersucht, wann und warum sie sich immer mehr verbreiten.

S. Kannengießer, I. Weller  
**Konsumkritische Projekte und Praktiken**  
 Interdisziplinäre Perspektiven auf gemeinschaftlichen Konsum  
 240 Seiten, broschiert, 30,- Euro, ISBN 978-3-96006-027-7

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft



gelangt. Umweltverbände kritisierten die darin enthaltenen Vorschläge. Die Verbändeplattform ARC 2020 aus Paris veröffentlichte eine umfassende Analyse des 95-seitigen Papiers. Darin heißt es, dass die EU-Mitgliedstaaten die Direktzahlungen an Landwirte pro Kalenderjahr von derzeit 150.000 Euro auf 60.000 Euro kürzen sollen. Dies wäre ein erheblicher finanzieller Einschnitt. Weiter heißt es, Junglandwirte sollten stärker finanziell unterstützt werden.

Das Greening ist explizit nicht genannt. Greening bezieht sich auf konkrete zusätzliche Umweltleistungen, zum Beispiel die Erhaltung von Dauergrünlandflächen wie Wiesen und Weiden, eine größere Vielfalt bei der Auswahl der angebauten Feldfrüchte sowie die Bereitstellung sogenannter ökologischer Vorrangflächen auf Ackerland. Stattdessen ist von einem freiwilligen Modell für Klima- und Umweltschutz die Rede: dem sogenannten Ökomodell. Nach Ansicht von ARC 2020 bleiben die Ausführungen über diese Maßnahme zu allgemein und vage. Dieser Einschätzung schließen sich BirdLife Europe und das Europäische Umweltbüro (EEB) an. BirdLife Europe wies zudem auf Gefahren hin, die mit einer größeren Flexibilität für die EU-Staaten einhergehen, wie viel Geld sie für welche Maßnahmen ausgeben. Dieser flexible Ansatz könne Korruption hervorrufen oder verstärken.

Alle drei Verbände betonten, dass das Prinzip „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ Anwendung finden müsse. [aw]

- ▶ ARC 2020: [www.arc2020.eu/cap-financing-leak](http://www.arc2020.eu/cap-financing-leak)
- ▶ BirdLife Europe: [www.birdlife.org/europe-and-central-asia/pr/25-April-2018](http://www.birdlife.org/europe-and-central-asia/pr/25-April-2018)
- ▶ EEB: [www.kurzlink.de/eeb-2018-04-26](http://www.kurzlink.de/eeb-2018-04-26)

### Bioprodukte

## Strengere Standards

■ Europäisches Parlament und EU-Ministerrat haben im April und Mai neue Regeln verabschiedet, die gewährleisten, dass in der EU nur hochwertige Bioprodukte verkauft werden. Zudem sollen die neuen Vorschriften die ökologische Produktion

ankurbeln. Die Verordnung ist ab Januar 2021 wirksam.

Die wichtigsten Punkte sind strengere Kontrollen in der Lieferkette, neue Kontaminierungsvorschriften und die Gültigkeit der EU-Standards auch für Importe aus Drittländern. Die neue Ökoverordnung ermöglicht Biobauern den Zugang zu biologischem Saatgut, schafft mehr Vielfalt auf dem Acker und dem Teller und setzt hohe Standards für den Ökolandbau. Gegen Verunreinigungen aus konventioneller Landwirtschaft gibt es klarere Regelungen. Bis 2024 will die EU-Kommission prüfen, wo Kontaminationen stattfinden – auf dem Acker, beim Transport oder der Verarbeitung.

Zur Förderung von Bioprodukten in der EU wird das Angebot an Saatgut und Tieren aus ökologischer Produktion erhöht. Gemischte landwirtschaftliche Betriebe, also solche, die sowohl konventionelle als auch biologische Lebensmittel erzeugen, dürfen weiterhin so wirtschaften, vorausgesetzt, sie trennen beide Arbeitsweisen klar und deutlich. Für Kleinerzeuger wird die Zertifizierung erleichtert. Eine Gruppensertifizierung macht es möglich, Zeit und Geld beim Umsatteln auf ökologischen Landbau zu sparen. [mbu]

- ▶ EU-Parlament (Pressemitteilung und Links): [www.kurzlink.de/euparl-oeko-vo-2018](http://www.kurzlink.de/euparl-oeko-vo-2018)

### NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

#### Neonikotinoide

## Nix Neonics! Teilerfolg für Bestäuberinsekten

■ Bald dürfen im europäischen Freiland drei für Bienen und andere Insekten schädliche Neonikotinoide nicht mehr ausgebracht werden. Nach Informationen des Umweltnachrichtendienstes ENDS Europe stimmten die Mitglieder der Sektion Pflanzenschutzmittel des Ständigen Ausschusses über Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futter-

mittel (PAFF) der EU-Kommission Ende April mehrheitlich für ein erweitertes Verbot der drei Neonikotinoide Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam. In dem Ausschuss sitzen VertreterInnen aller 28 EU-Mitgliedstaaten. Deutschland votierte für das vollständige Freilandverbot.

Bereits seit 2013 dürfen LandwirtInnen diese drei Stoffe nicht mehr auf Nutzpflanzen – wie Raps, Mais und Obstbäume – sprühen. Mit der jüngsten Entscheidung weitet die EU das Verbot auf sämtliche Pflanzen im Freiland aus. Gewächshäuser sind vom Verbot jedoch ausgenommen. Das Gericht der EU (EuG) hat Mitte Mai die EU-weite Beschränkung der drei Stoffe bestätigt. Mit seinem Urteil wies das Gericht die Klagen der Agrochemiekonzerne Bayer und Syngenta, die diese Neonikotinoide herstellen und vertreiben, in vollem Umfang ab. Beide Konzerne waren gegen die Entscheidung der EU-Kommission von 2013, die Nutzung der drei Neonikotinoide zu beschränken, vor Gericht gezogen. Allerdings darf das Insektizid Fipronil weiter eingesetzt werden.

Umweltverbände begrüßten zwar die Entscheidung des PAFF-Ausschusses. Doch müsse noch mehr unternommen werden, um das dramatische Insektensterben zu beenden. Vor dem Bekanntwerden der Entscheidung hatte ein breites Bündnis von mehr als 40 deutschen Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbänden unter dem Dach der Deutschen Naturschutzrings (DNR) in Berlin seine Forderungen an das Aktionsprogramm Insektenschutz vorgestellt, das die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart hat. [aw]

- ▶ EuG-Urteil/Presse: [www.kurzlink.de/eug-68/18](http://www.kurzlink.de/eug-68/18)
- ▶ ENDS: [www.ends-europe.com/article/52546](http://www.ends-europe.com/article/52546)
- ▶ DNR: [www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-04-DNR-Aktionsprogramm-Insektenschutz.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-04-DNR-Aktionsprogramm-Insektenschutz.pdf)

### Konfliktleitfäden

## Energie und Naturschutz

■ Die EU-Kommission hat im Mai zwei Konfliktleitfäden veröffentlicht: den Leitfaden zu Energieübertragungsinfrastruktur

turen und Naturschutzgesetzgebung sowie zu Wasserkraft und EU-Naturschutz. Sie sind Teil der angekündigten Maßnahmen des Aktionsplans für Natur, Mensch und Wirtschaft, den die Kommission vor einem Jahr veröffentlicht hatte. Zielgruppe sind nationale Behörden und Akteure, die an der Planung und Genehmigung von Energieprojekten beteiligt sind. [jg]

► [www.kurzlink.de/eu-leitfaeden2018](http://www.kurzlink.de/eu-leitfaeden2018)

Artenvielfalt global

## Mitmachen: Zustandsbericht kommentieren

■ Die zwischenstaatliche Plattform für Wissenschaft und Politik zu Biodiversität und Ökosystemleistungen (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services – IPBES) oder kurz: der Weltbiodiversitätsrat hat im März vor dem kritischen weltweiten Zustand der biologischen Vielfalt gewarnt (umwelt aktuell 05.2018, S. 15). Bis zum 29. Juni kann dieser Bericht auch von Außenstehenden kommentiert werden. [jg]

► IPBES: [www.kurzlink.de/ipbes-komment2018](http://www.kurzlink.de/ipbes-komment2018)

Vogelschutz

## Piepmätze weltweit in Gefahr

■ BirdLife International hat Ende April einen Zustandsbericht für 11.000 Vogelarten vorgelegt. Sogar Allerweltsarten seien durch intensive Forst- und Landwirtschaft, Klimawandel oder illegale Jagd bedroht. Seltener Arten in Europa wie Schneeeule oder Atlantischer Papageientaucher gäben besonderen Anlass zur Besorgnis. Hoffnung machten aber Erfolgsmeldungen: Ohne Schutzbemühungen wären mindestens 25 Arten bereits ausgestorben.

Für die deutschlandweite Vogelzählung Stunde der Gartenvögel meldete der NABU Mitte Mai bedenkliche Zwischenergebnisse: „Unter den Top 15 unserer Gartenvögel weisen sieben Arten so geringe Zahlen wie noch nie in 14 Jahren auf.“ [jg]

► BirdLife: [www.kurzlink.de/birdlife-report2018](http://www.kurzlink.de/birdlife-report2018)

► NABU: [www.nabu.de/news/2018/05/24403.html](http://www.nabu.de/news/2018/05/24403.html)

Artenschutz

## Wolfsdebatten

■ Mitte April fand eine öffentliche Anhörung zum Thema Wolf im Bundestag statt und zeigte deutliche Differenzen zwischen Politik, Naturschutz, Landwirtschaft und

Jagd. Im Mai ging die Diskussion weiter: Im Nordschwarzwald griff ein Wolf eine nicht vollständig eingezäunte Schafherde an, was Dutzende Schafe das Leben kostete.

Die Bestandszahlen, der Erhaltungstatus, die zukünftige Bejagung und Abgrenzung der hiesigen Wölfe zu anderen Wolfspopulationen bleiben strittige Themen. Der BUND unterstützt ausdrücklich die Forderung der SchäferInnen nach einer Weidetierprämie und nach vollständiger und unbürokratischer Förderung von Herdenschutzmaßnahmen. Die viel diskutierte Aufnahme des Wolfes ins Bundesjagdgesetz lehnt der BUND dagegen ab. Die Bestandszahlen würden „teilweise maßlos übertrieben“.

Der Bundesverband Berufsschäfer und der NABU appellierten nach dem Vorfall im Schwarzwald an alle Bundesländer, finanzielle und praktische Unterstützungen für den Herdenschutz bereitzustellen. Eine Nachbarschaft von Mensch, Weidetierhaltung und Wolf bedürfe klarer Regeln und echter Lösungen. Eine Bejagung des Wolfes sei nicht nur EU-rechtswidrig, sondern löse keinerlei Probleme.

In einem Brief an die EU-Kommission haben sich Mitte Mai Natur-, Arten-, Tier- und ökologische Jagdverbände – darunter der DNR – dafür ausgesprochen, den Schutzstatus des Wolfes in der EU unverändert aufrechtzuerhalten. In Deutsch-

# Nachhaltigkeit

## A-Z



→

## K wie Kulturlandschaft

Bäume, Sträucher oder Hecken sind mehr als nur »Gestrüpp« – sie sind ein herausragendes Element von Kulturlandschaften. In diesem Handbuch zeigt der Landschaftsökologe und Landschaftsplaner Bernd Reuter, welche Bedeutung Flurgehölze für unsere Wirtschaft und Kultur hatten – und welchen immensen ökonomischen und ökologischen Nutzen Flurgehölze haben: für den Bodenschutz, die biologische Vielfalt und als dezentrale Energieressource.

B. Reuter

### Bäume in der Kulturlandschaft

Ein Handbuch zur Erhaltung und Gestaltung von Flurgehölzen

344 Seiten, broschüriert mit zahlreichen farbigen Abb., 34,- Euro, ISBN 978-3-96238-009-0

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

land lebten zu wenig Wölfe, um von einem günstigen Erhaltungszustand im Sinne der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zu sprechen. Es sei „mehr als bedauerlich“, dass in Deutschland und anderen Staaten Europas „die Rufe nach Senkung des Schutzstatus, Eingriffen in die Population oder gar einer drastischen Bestandsreduktion lauter werden“, heißt es im Brief.

Der „Umgang mit dem Wolf“ steht auch auf der Tagesordnung der nächsten Umweltministerkonferenz beziehungsweise Amtschefkonferenz der Bundesländer vom 6. bis 7. Juni in Bremen. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/bundestag-wolf-2018](http://www.kurzlink.de/bundestag-wolf-2018)
- ▶ BUND: [www.kurzlink.de/bund-wolf-2018-04](http://www.kurzlink.de/bund-wolf-2018-04)
- ▶ Reaktion NABU/Vorfall Nordschwarzwald: [www.nabu.de/news/2018/05/24412.html](http://www.nabu.de/news/2018/05/24412.html)

### Naturschutz regional

## Kein dritter Park in Bayern

■ Wegen des Widerstands der Bevölkerung vor Ort hat der bayerische Ministerpräsident Markus Söder im April die Planungen für einen dritten Nationalpark in Bayern für beendet erklärt. Stattdessen will er eine Offensive für den Naturschutz starten und in den ursprünglich vorgesehenen Regionen in der Rhön, im Spessart und an der Donau Umweltzentren gründen. [jg]

- ▶ Regierungserklärung Söder April 2018: [www.bayern.de/das-beste-fuer-bayern](http://www.bayern.de/das-beste-fuer-bayern)

### TIERSCHUTZ & ETHIK

### Tierversuche weltweit

## EU-Abgeordnete für internationalen Stopp

■ Die EU sollte noch vor 2023 eine diplomatische Offensive für ein weltweites Verbot von Tierversuchen für die Körperpflege starten. Das forderte das Plenum des

EU-Parlaments Anfang Mai. In der EU ist es seit 2013 nicht mehr erlaubt, Kosmetika zu verkaufen, die an Tieren getestet worden sind. In 80 Prozent der Länder weltweit sind solche Produkte allerdings noch zugelassen. Die Abgeordneten verwiesen darauf, dass die Kosmetikindustrie in der EU sich dennoch bestens entwickelte und rund zwei Millionen Arbeitsplätze schuf. Außerdem sei es aufgrund von Gesetzeslücken möglich, dass kosmetische Mittel, die außerhalb der EU an Tieren getestet wurden, auf den EU-Markt gelangen könnten. Zudem seien häufig Substanzen in Kosmetika enthalten, die auch in anderen Waren vorkommen – etwa Arznei- oder Reinigungsmittel –, und zuvor nach den dort geltenden Regeln getestet worden sind.

Der Mangel an verlässlichen Daten über Kosmetika, die an Tieren getestet und dann in die EU importiert wurden, bleibt aus Sicht der Abgeordneten weiter ein ernstes Problem. Die EU soll dafür sorgen, dass keines dieser Produkte, die auf den Markt der EU gebracht werden, in einem Drittland an Tieren getestet wurde.

Für ein weltweites Verbot von Tierversuchen für Kosmetika und des Handels mit entsprechend getesteten kosmetischen Inhaltsstoffen sollten führende EU-Politiker bei den Vereinten Nationen ein internationales Übereinkommen in die Wege leiten. Die unverbindliche Entschließung wurde mit 620 Stimmen bei 14 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen angenommen.

Laut einer Eurobarometer-Sonderumfrage vom März 2016 finden fast 90 Prozent der EU-BürgerInnen, dass es wichtig sei, hohe Tierschutzstandards festzulegen, die weltweit anerkannt werden. [mbu]

- ▶ [www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180426IPR02613](http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180426IPR02613)

### Tierversuche national

## Kaum Transparenz

■ Berichte, die nach der Genehmigung eines Tierversuches veröffentlicht werden müssen, sind häufig unverständlich, ungenau oder sogar unvollständig. Zu diesem

ernüchternden Ergebnis kam der Deutsche Tierschutzbund im April in einer Studie zu den „nicht technischen Projektzusammenfassungen“ (NTPs) von Tierversuchen.

Der Studie zufolge ist der Sinn der Versuche nicht immer nachvollziehbar und die Auswirkungen auf die Tiere werden verharmlost. „Die Projektzusammenfassungen tragen nicht zur gewünschten Transparenz bei“, kritisiert Kristina Wagner, Leiterin des Referats für Alternativmethoden zu Tierversuchen beim Deutschen Tierschutzbund. „Wir haben darum beim zuständigen Bundesinstitut für Risikobewertung Nachbesserungen eingefordert und werden dies auch von den Genehmigungsbehörden fordern.“

NTPs müssen seit 2010 nach der Genehmigung eines Versuches für die Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Eine Datenbank zu Tierversuchsvorhaben in Deutschland (AnimalTestInfo) gibt es im Internet. [fg]

- ▶ Studie: [www.kurzlink.de/tierschutz-altex2017](http://www.kurzlink.de/tierschutz-altex2017)
- ▶ [www.animaltestinfo.de](http://www.animaltestinfo.de)

### UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### UN-Resolution

## Pakt für Umweltschutz in Sicht

■ Auf Initiative Frankreichs hat im Mai die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York eine Resolution für besseren internationalen Umweltschutz verabschiedet. Wie der Nachrichtendienst ENDS mitteilte, soll demnächst eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, um Lücken im internationalen Umweltrecht aufzudecken. Ebenso sollen sogenannte Soft-Law-Prinzipien der Stockholm-Konferenz von 1972 und der Rio-Konferenz von 1992 auf eine stabilere Grundlage gehoben werden. Dazu zählen das Vorsorge-, Vermeidungs- und Verursacherprinzip sowie der Zugang zu Gerichten in Umweltbelangen. Ein universelles Recht auf eine gesunde Umwelt könnte letztlich entwickelt werden.

Für die erste Jahreshälfte 2019 soll die Arbeitsgruppe einen ersten Bericht zur Umsetzbarkeit vorlegen. [aw]

- ▶ UN-Resolution: [www.undocs.org/en/A/72/L.51](http://www.undocs.org/en/A/72/L.51)
- ▶ ENDS (kostenpflichtig): [www.kurzlink.de/un-env-law-140518](http://www.kurzlink.de/un-env-law-140518)

### Aarhus-Konvention

## Brüssel mit eigenem Fehlverhalten befasst

■ Die EU-Kommission hat im Mai einen Fahrplan und eine Folgenabschätzung zur mangelhaften Umsetzung der Aarhus-Konvention durch die EU veröffentlicht. Die Behörde will „Mittel und Wege für die Einhaltung“ der Aarhus-Verpflichtungen erkunden. Der Compliance-Ausschuss der Vereinten Nationen, der über die Einhaltung der Konvention wacht, hatte massive Verstöße durch die EU festgestellt. In dem vorläufigen Bericht vom März 2017 hieß es, Nichtregierungsorganisationen erhielten keinen ausreichenden Zugang zu europäischen Gerichten in Umweltbelangen. Im September 2017 hatte dann die EU-Delegation auf einem Treffen der Aarhus-Vertragsstaaten versucht, die kritischen Passagen aus dem Berichtsentwurf zu streichen. Jedoch wurde die Abstimmung über den Bericht auf das nächste Treffen im Jahr 2021 vertagt.

Es sollen eine Konsultation für nationale Behörden sowie eine öffentliche Konsultation in der zweiten Jahreshälfte 2018 folgen. Der Fahrplan erstreckt sich voraussichtlich bis ins zweite Quartal 2019. [aw]

- ▶ Fahrplan: [www.kurzlink.de/ares-2018-2432060](http://www.kurzlink.de/ares-2018-2432060)

### EU-Langzeit-Haushalt

## Streit um Milliarden beginnt

■ Die EU-Kommission hat Anfang Mai den lang erwarteten Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021 bis 2027 vorgelegt. Sie ver-

## „EU-Haushalt ist noch nicht klimafreundlich zertifiziert“

### Der Vorschlag der EU-Kommission zum nächsten Langfrist-Haushalt bietet wenig Substanzielles für den Klimaschutz, findet Markus Trilling von CAN Europe.

Am 2. Mai hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021–2027 vorgelegt. Zu erwarten ist eine langwieriger und komplexer Verhandlungsprozess in den Jahren 2018 und 2019, wahrscheinlich noch darüber hinaus. Der Vorschlag der Kommission ist geprägt von veränderten EU-internen und internationalen Rahmenbedingungen: Der Brexit reißt ein Loch in Kommissar Oettingers Haushaltskasse. Fragen der Migration und Ansätze einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik bestimmen das Tagesgeschäft und sollen mit einem Stück vom Kuchen bedacht werden. Aber auch der globale Kontext hat sich dramatisch verändert. Im Jahr 2015 haben sich die EU und andere globale Schwergewichte dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet. Diese Verpflichtungen müssen sich im EU-Haushalt widerspiegeln. Alles andere würde die selbst proklamierte Führungsrolle der Europäischen Union im Klimaschutz untergraben.

Wird der Kommissionsvorschlag diesen Erwartungen gerecht? Klimaschutz wird als „Querschnittsziel“ des künftigen Haushalts genannt. Während die EU an der angestrebten Klimaquote des jetzigen Haushalts von 20 Prozent nur knapp vorbeischrämmt, schlägt Brüssel nun eine Erhöhung der Ausgaben zum Klimaschutz auf 25 Prozent quer durch alle Ausgabenprogramme vor. So sollen bis zum Jahr 2027 an die 320 Milliarden Euro für die Bekämpfung und Anpassung an den Klimawandel investiert werden. Und auch die Beschreibung einiger Ausgabenprogramme lässt auf eine erhöhte Beachtung der Umweltthematik schließen: Die zukünftige Regionalpolitik soll „smarter“, grüner, sozialer und näher bei den BürgerInnen sein. Der Etat des LIFE-Programms für Umwelt und Klimaschutz wird erhöht. Der Fonds für grenzüberschreitende Projekte solle ausschließlich „nachhaltige“ Infrastruktur finanzieren, zur Dekarbonisierung des Verkehrs beitragen sowie saubere, innovative Energielösungen fördern und die Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden erneuerbaren Energien verbessern. Sogar die Gemeinsame Agrarpolitik, so die Ansage der Kommission, soll viel umwelt- und

klimafreundlicher werden. So weit, so gut? Leider hat es die Kommission versäumt, fossile Brennstoffe kategorisch von EU-Subventionen auszuschließen. Das öffnet die Tür für weitere Investitionen in Gas-Infrastruktur und damit verbunden die Gefahr, auf Jahrzehnte weiterhin Treibhausgase zu emittieren und so den Klimawandel zu befeuern. Auch wäre eine Klimaschutzquote von 40 Prozent sachgerecht. Der Vorschlag, Teile der Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel in den Haushalt zu kanalisieren, ist kritisch zu betrachten, sollen doch mindestens 50 Prozent aller Einnahmen aus dem Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten in nationale Klimaschutzbemühungen fließen. Klimaschutz wäre also bei der Erschließung dieser neuen Einnahmequelle der Verlierer. Letztlich ist aus den bisherigen Kommissionsvorschlägen wenig Substanzielles zum Klimaschutz zu entnehmen, da die Details, die konkreten Konditionen und Rahmenbedingungen der zukünftigen Ausgabenprogramme in individuellen Gesetzen festgeschrieben würden. Diese werden Ende Mai bis Mitte Juni von der Kommission vorgelegt.

Um wirklich das Zertifikat „klimafreundlicher EU-Haushalt“ zu erlangen, müssen die Gesetzesvorschläge drei Bedingungen erfüllen: 1. Verbindliche Klimaquoten für alle maßgeblichen Programme. 2. Selektionskriterien, die jegliche klima- und umweltschädlichen Projekte ausschließen. 3. Integration aller EU-geförderten Projekte und Programme in langfristig orientierte nationale Investitionsprogramme zur nachhaltigen Energie- und Mobilitätswende im Sinne des Pariser Klimaabkommens.

Ab Mitte Juni liegt es dann in der Hand der Mitgliedstaaten und des EU-Parlaments, die Nachhaltigkeit des EU-Haushalts zu garantieren. Der Zukunft nicht nur Europas wäre dies zu wünschen.

**Markus Trilling arbeitet seit 2016 als Koordinator zur EU-Finanz- und Subventionspolitik beim Climate Action Network Europe.**

anschlagent etwas mehr als 1.100 Milliarden Euro. Dies entspricht gut 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU 27. Auf der Ausgabenseite sollen sowohl die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) als auch die Kohäsionspolitik „moderat um jeweils circa 5 Prozent“ gekürzt werden. Das Budget des LIFE-Programms soll von aktuell 3,5 auf 5,4 Milliarden Euro steigen, das Klimaschutz-Mainstreaming von 20 auf 25 Prozent angehoben werden. Auch neue Einnahmequellen soll es geben: 20 Prozent der Erträge aus dem EU-Emissionshandel sollen direkt an die EU fließen. Auch bringt die Kommission eine nationale Abgabe auf Einwegplastik ins Spiel (siehe Artikel S. 8).

Umweltverbände kritisierten den MFR-Vorschlag. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR) forderte: „Die zukünftigen EU-Milliarden müssen einen echten Mehrwert für Mensch und Natur schaffen! Es wird höchste Zeit, dass die EU umsteuert und ihre Finanztöpfe so ausrichtet, dass sie den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft möglich macht. Nur so können wir die eingegangenen Verpflichtungen zum Klimaschutz, für Nachhaltigkeit und zur Artenvielfalt erreichen.“

Die sektoralen Vorschläge für GAP, LIFE-Programm und Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) folgen voraussichtlich am 1. Juni (nach Redaktionsschluss). Eine Einigung mit EU-Parlament und den Mitgliedstaaten über den MFR strebt die EU-Kommission noch vor der Europawahl und dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates im rumänischen Sibiu am 9. Mai 2019 an. [aw]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/18/3570)
- ▶ DNR: [www.kurzlink.de/dnr-mfr-020518](http://www.kurzlink.de/dnr-mfr-020518)
- ▶ BUND: [www.kurzlink.de/bund-mfr-020518](http://www.kurzlink.de/bund-mfr-020518)
- ▶ NABU: [www.nabu.de/news/2018/05/24362.html](http://www.nabu.de/news/2018/05/24362.html)
- ▶ WWF: [www.wwf.eu/?uNewsID=327090](http://www.wwf.eu/?uNewsID=327090)

## 7. Umweltaktionsprogramm

### Mehr Aktion nötig

■ Das EU-Parlament hat im April eine Entschließung zur Umsetzung des 7. Umweltaktionsprogramms (UAP) verabschie-

det. Die EU-Abgeordneten stellen darin fest, dass die Fortschritte zur Umsetzung „durchmischt“ seien. Auch sei es „überaus unsicher, dass die Ziele für 2020 erreicht“ würden. Die meisten Teilziele des ersten Ziels (Naturkapital) würden wohl verfehlt. Gute Ergebnisse seien hingegen bei Ziel 2 (Effizienz der CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft und Ressourceneffizienz) zu erwarten. Aussagen zum Ziel 3 (Gesundheitsrisiken und Wohlbefinden) seien derzeit wegen mangelnder Datenlage nicht zu treffen.

Die ParlamentarierInnen fordern die Mitgliedstaaten auf, „die Fortschritte zu bewerten, und ihre Maßnahmen bei Bedarf neu auszurichten“. Die EU-Kommission müsse dafür sorgen, dass „die umfassende Umsetzung der Ziele und Maßnahmen des 7. UAP Bestandteil aller neuen Gesetzgebungsvorschläge ist“. Zudem sollte die Zivilgesellschaft aktiv einbezogen werden.

Eine öffentliche Konsultation der EU-Kommission zur Bewertung des 7. UAP ist bis zum 26. Juli geschaltet. [aw]

- ▶ Entschließung: [www.kurzlink.de/uap-ep-170418](http://www.kurzlink.de/uap-ep-170418)
- ▶ Konsultation: [www.kurzlink.de/konsultation-7uap](http://www.kurzlink.de/konsultation-7uap)

## Umweltberichterstattung

### Änderungen beschlossen

■ Die EU-Abgeordneten haben auf der Plenarsitzung im April einen Bericht zu Verfahrensvorschriften für die Umweltberichterstattung angenommen. Sie reagierten damit auf eine Gesetzesinitiative der EU-Kommission, die Vereinheitlichungsrichtlinie aufzuheben und sechs Rechtsakte mit Bezug auf diese Richtlinie zu ändern. Konkret geht es um die Fristverlängerung für den ersten Bericht im Rahmen der Verordnung über das Recycling von Schiffen. Außerdem sollen die Anhänge der Richtlinie über die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt angepasst werden. Betroffen sind zudem die Anhänge der Richtlinie über Klärschlamm. Änderungen sollen über delegierte Rechtsakte geschehen.

Das Parlament befürwortet die ge-

planten Anpassungen. Jedoch will es der Kommission die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte zunächst nur für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem Datum des Inkrafttretens des Beschlusses übertragen. Die EU-Kommission beansprucht die Befugnis „auf unbestimmte Zeit“.

Mit dieser Abstimmung können die interinstitutionellen Verhandlungen zwischen Parlament, Rat der EU und Kommission beginnen. [aw]

- ▶ Bericht: [www.kurzlink.de/ube-ep-180418](http://www.kurzlink.de/ube-ep-180418)

## Nachhaltigkeit im Finanzsektor

### Umwelt- und Sozialstandards sind zu beachten

■ Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) im EU-Parlament hat im April seinen Initiativbericht zu nachhaltigen Finanzen verabschiedet. Nach dem Willen der Ausschussmitglieder soll es EU-Finanzaufsichtsbehörden künftig möglich sein, die Portfolios von Finanzinstitutionen darauf zu prüfen, ob die Investitionspläne mit den Verpflichtungen des Klimaschutzabkommens von Paris übereinstimmen. InvestorInnen sollen dazu verpflichtet werden, Umwelt- und Sozialstandards in Entscheidungen zu berücksichtigen. Zudem sollen sie ihr Tun bei der Klimafinanzierung in Geschäftsberichten offenlegen.

Das WWF-Europabüro lobte den Initiativbericht, der über die Vorschläge im Aktionsplan der EU-Kommission hinausgehe. Die Kommission und auch die Mitgliedstaaten sollten sich am ECON-Bericht orientieren, um den Finanzsektor tatsächlich nachhaltig zu machen.

Die Kommission wird voraussichtlich am 23. Mai eine erste Gesetzesinitiative für nachhaltige Finanzen vorlegen. Die Abstimmung im EU-Parlament über den Initiativbericht wird für den 29. Mai erwartet (nach Redaktionsschluss). [aw]

- ▶ ECON: [www.kurzlink.de/susfin-report-040518](http://www.kurzlink.de/susfin-report-040518)
- ▶ Dossier: [www.kurzlink.de/euparl-finanz-oek-18](http://www.kurzlink.de/euparl-finanz-oek-18)
- ▶ WWF EU: [www.wwf.eu/?uNewsID=326691](http://www.wwf.eu/?uNewsID=326691)

## Brexit und Umweltschutz

### London plant neue Behörde

■ Die britische Regierung will nach dem EU-Austritt eine nationale Aufsichtsbehörde für Umweltschutz schaffen. Zu diesem Zweck läuft zurzeit eine öffentliche Konsultation, die Fragen aufwirft, wie Umweltschutz in Umweltrecht und in politische Entscheidungsverfahren besser eingebettet werden kann. Es geht auch darum, welche Funktionen und Befugnisse diese neue Überwachungsinstanz innehaben soll.

Die britische Umweltrechtsorganisation ClientEarth hält die Pläne Londons für zu schwach. Es sei zwar erfreulich, dass die Regierung anerkenne, wie wichtig eine unabhängige Umweltschutzbehörde in Post-Brexit-Zeiten sei. Aber nach jetzigem Stand der Planung würde es dieser Kontrollinstanz an rechtlicher Durchschlagskraft fehlen.

Bis zum 2. August läuft die Konsultation. Voraussichtlich im Herbst legt die britische Regierung ihren Gesetzesentwurf „Environmental Principles and Governance“ vor. [aw]

- ▶ Konsultation: [www.kurzlink.de/gov-uk-consult](http://www.kurzlink.de/gov-uk-consult)
- ▶ ClientEarth: [www.kurzlink.de/ce-2018-05](http://www.kurzlink.de/ce-2018-05)

## Umweltverbandsklagen

### Am erfolgreichsten gegen Tierhaltungsverstöße

■ Alexander Schmidt von der Hochschule Anhalt und Michael Zschesche vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) haben Anzahl und Erfolgsquoten der Klagetätigkeiten von Umweltverbänden in Deutschland zwischen 2013 und 2016 untersucht. Die im Auftrag des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) durchgeführte empirische Studie kommt zu dem Schluss, dass Verbandsklagen trotz der ausgeweiteten Klagemöglichkeiten sehr gezielt eingesetzt werden, um Missstände zu bekämpfen. Damit knüpft die Studie an Vorläufer an, die seit 1996 die Entwicklung bei Verbandsklagen erfassen. Im analy-

sierten Zeitraum gab es durchschnittlich 35 Klagefälle pro Jahr. Die Erfolgsbilanz betrug fast 50 Prozent.

Besonders erfolgreich klagten Umweltverbände bei Tierhaltungsanlagen. Dagegen war die Erfolgsquote bei Fällen, wo es um Umweltschadensrecht und wasserrechtliche Erlaubnisse ging, sehr niedrig. Stark gestiegen waren Klagen um den Bau von Windkraftanlagen. [aw]

- ▶ SRU: [www.kurzlink.de/sru-verbandsklagen](http://www.kurzlink.de/sru-verbandsklagen)
- ▶ UfU: [www.ufu.de/neue-studie-zur-klagetaetigkeit-von-umweltverbaenden](http://www.ufu.de/neue-studie-zur-klagetaetigkeit-von-umweltverbaenden)

## VERKEHR & TOURISMUS

### Drittes EU-Mobilitätspaket

#### Lkws sollen CO<sub>2</sub> abspecken

■ Die EU-Kommission hat im Mai zum ersten Mal Grenzwerte für Kohlendioxidemissionen von neuen Lkws und Bussen veröffentlicht. Im Jahr 2025 sollen nach dem Willen der Kommission die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen um 15 Prozent niedriger sein als im Jahr 2019. Für 2030 wird als unverbindlicher Richtwert eine Verringerung um mindestens 30 Prozent im Vergleich zu 2019 vorgeschlagen.

Außerdem will die Kommission ein aerodynamischeres Design von Lkws erleichtern und die Kennzeichnung von Reifen verbessern. Sie veröffentlichte auch einen Aktionsplan für Batterien, der zur Schaffung eines wettbewerbsfähigen und nachhaltigen „Batterie-Ökosystems“ in Europa beitragen wird.

Die Vorschläge aus Brüssel sind Teil des dritten Mobilitätspakets. Darin enthalten sind auch eine Strategie für die Zukunft der Straßenverkehrssicherheit mit Maßnahmen zur Fahrzeug- und Infrastruktursicherheit und eine zukunftsorientierte Strategie für die vernetzte und automatisierte Mobilität (siehe Kommentar rechts). [aw]

- ▶ EU-Kommission: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/18/3708)

## CO<sub>2</sub>-Standards unzureichend

Am 17. Mai hat die Europäische Kommission ihren Gesetzesentwurf für eine CO<sub>2</sub>-Grenzwertverordnung für schwere Nutzfahrzeuge vorgelegt. Demnach sollen neu zugelassene Lastkraftwagen bis 2025 durchschnittlich 15 Prozent weniger klimaschädliches Kohlendioxid ausstoßen und 2030 im Vergleich zum Jahr 2019 rund 30 Prozent Kraftstoff einsparen.

So weit, so gut. Künftig wird es also endlich auch Effizienzvorgaben für Lkws geben. Das ist ein deutlicher Fortschritt und wird zu einer beschleunigten Markteinführung von Umwelttechnologien führen. Allein: Es fehlt das nötige Ambitionsniveau. Bereits mit heutigen verfügbaren Technologien sind Effizienzsteigerungen von gut 40 Prozent möglich. Die Elektrifizierung des Antriebsstrangs ist in diesem Szenario noch gar nicht mitgedacht. Dabei gilt es, den Verkehrssektor auf Klimaschutzkurs zu bringen und seine Treibhausgasemissionen innerhalb der nächsten Dekade um 40 Prozent zu senken, während allein der Straßengüterverkehr noch einmal um knapp ein Drittel wachsen wird.

Die Bundesregierung muss sich nun im Rat der EU für strengere Vorgaben einsetzen, um so das Optimum aus diesem wohl wichtigsten Instrument herauszuholen. Denn jede Abschwächung des Ziels, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von schweren Nutzfahrzeugen bis 2030 zu verringern, erhöht gleichzeitig die Notwendigkeit, im nationalen Rahmen weitere Maßnahmen zu ergreifen und diese gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen. Auf europäischer Ebene hingegen ist mit weit weniger Opposition zu rechnen, da unlängst 35 große Unternehmen, Speditionen und Logistikverbände öffentlich deutlich höhere Minderungsziele eingefordert haben. DB Schenker, Hermes, Ikea, Tchibo und andere sprachen sich für ein verbindliches Ziel aus, die CO<sub>2</sub>-Emissionen um mindestens 24 Prozent bis 2025 zu senken. Auch sie wissen: Von niedrigeren Tankquittungen profitieren Klima und Wirtschaft gleichermaßen.

Daniel Rieger ist Referent für Verkehrspolitik beim Bundesverband des Naturschutzbundes NABU in Berlin.

EU-Neuwagen**Mehr Treibhausgasausstoß**

■ Einer vorläufigen Analyse der Europäischen Umweltagentur (EEA) zufolge sind die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen von neuen Pkws in 2017 erstmals seit 2010 wieder angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Emissionen 2017 um 0,4 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer auf 118,5 Gramm pro Kilometer zu. Insgesamt sind zwar die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 2010 um 22 Gramm je Kilometer gesunken. Die EEA empfiehlt den Automobilherstellern dennoch, weitere Verbesserungen vorzunehmen, um den neuen europäischen Grenzwert von 95 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer im Jahr 2021 zu erreichen.

Michael Müller-Görnert, Verkehrsexperte des ökologischen Verkehrsclubs Deutschland (VCD), sieht den Hauptgrund im „weiterhin ungebremsten SUV-Boom“. Inzwischen sei jeder vierte Neuwagen in der EU ein SUV oder Geländewagen. Dieser Trend müsse gebrochen werden. [aw]

- ▶ EEA: [www.kurzlink.de/eea-co2-emissions](http://www.kurzlink.de/eea-co2-emissions)
- ▶ VCD: [www.kurzlink.de/vcd-suv-190418](http://www.kurzlink.de/vcd-suv-190418)

Verkehrsministerkonferenz**Appelle an den Bund**

■ Mitte April haben die VerkehrsministerInnen der Bundesländer in Nürnberg über die Themen Luftreinhaltung, Klimaschutz, automatisiertes und autonomes Fahren sowie Verkehrssicherheit beraten. Die 16 LandesministerInnen betonten, dass eine von allen Bundesministerien getragene Strategie für sauberen Verkehr und ein nationales Investitionsprogramm Mobilität unabdingbar seien. Sie forderten den Bund auf, eine Position zur Eignung, Zweckmäßigkeit und Finanzierung von Hardwarenachrüstungen auszuarbeiten.

Weiterhin solle der Bund nach Auslaufen des Verkehrssicherheitsprogramms von 2011 ein Folgeprogramm auflegen. Ziel müsse sein, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu reduzieren. Daran anknüpfend brachten die Länder Berlin, Brandenburg,

Bremen, Hessen und Thüringen Ende April im Bundesrat eine Initiative ein. Darin geht es um den verpflichtenden Einbau von elektronischen Warnsystemen in Lastkraftwagen. Damit sollen Unfälle mit RadfahrerInnen und FußgängerInnen beim Abbiegen verhindert werden.

Vor der Konferenz hatte der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD) die MinisterInnen aufgefordert, der Bundesregierung einen klaren Handlungsauftrag für saubere Luft und mehr Verkehrssicherheit in den Städten zu erteilen. Dazu gehört die Hardwarenachrüstung von Dieselaautos auf Kosten der Autohersteller und die Einführung der blauen Plakette. Außerdem müsse die autofixierte Ausrichtung der Straßenverkehrsordnung, die bislang den Pkw vorrangig behandelt, an die Realität – zum Beispiel den gestiegenen Radverkehr – angepasst und auf eine zukunftsfähige Mobilität ausgerichtet werden.

Die nächste VMK findet vom 18. bis 19. Oktober in Hamburg statt. [aw]

- ▶ VMK: [www.kurzlink.de/vmk-beschluss-200418](http://www.kurzlink.de/vmk-beschluss-200418)
- ▶ VCD: [www.kurzlink.de/vcd-2018-04](http://www.kurzlink.de/vcd-2018-04)
- ▶ Bundesrat: [www.bundesrat.de/DE/plenum/plenum-kompakt/18/967/967-pk.html](http://www.bundesrat.de/DE/plenum/plenum-kompakt/18/967/967-pk.html)

Klage gegen Riesen-Lkws**Kein Verstoß gegen EU-Recht**

■ Das Verwaltungsgericht Berlin hat im April in erster Instanz entschieden, dass die Zulassung von überlangen Lastwagen in Deutschland nicht unionsrechtswidrig ist.

„Wir sehen das Urteil mit einem lachenden und einem weinenden Auge“, teilte der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene Dirk Flege mit. „Das Urteil stärkt die Klagebefugnis von Umweltverbänden und wird eine deutschlandweite Präcedenzwirkung entfalten. Zugleich haben wir uns in der Sache vorerst nicht durchgesetzt.“

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache ließ das Gericht sowohl die Revision als auch die Sprungrevision gegen das Urteil zu. Die Klage gegen überlange Lastwagen auf deutschen Straßen hatten die Verbände Allianz pro Schiene, Automobil-

Club Verkehr (ACV), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Deutsche Umwelthilfe (DUH) vor einem Jahr eingereicht.

Das Verbändebündnis kündigte an, die nächsten juristischen Schritte zu prüfen, sobald das Urteil schriftlich vorliegt. [aw]

- ▶ [www.kurzlink.de/langlkw-klage-180418](http://www.kurzlink.de/langlkw-klage-180418)

## WASSER &amp; MEERE

Artenschutz**Wasserkraftausbau bedroht Europas Fische**

■ Im April haben River Watch und EuroNatur eine Studie zu den negativen Auswirkungen des Wasserkraftausbaus an den Balkanflüssen vorgelegt. In den Balkanflüssen lebten 113 seltene und geschützte Fischarten. Komme der Wasserkraftausbau wie geplant, würde das etwa 10 Prozent aller europäischen Flussfischarten gefährden, kritisierten die Organisationen.

Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) und der WWF warnten anlässlich des Welttages der Fischwanderung (21. April) vor negativen Folgen von Staudämmen auf die Migrationsrouten und das Fortpflanzungsverhalten wandernder Fischarten. „Für den Erhalt der Artenvielfalt in unseren Gewässern brauchen wir barrierefreie Flüsse“, so Wolfgang Hug vom WWF Deutschland. Wichtig dafür ist die Durchgängigkeit aller Fließgewässer. Laut europäischer Wasserrahmenrichtlinie sollen Gewässer bis spätestens 2027 einen „guten ökologischen Zustand“ erreichen. Derzeit erreichen dies weniger als sieben Prozent der Flüsse. Häufige Ursachen für das Verfehlen des „guten ökologischen Zustands“ sind fehlende oder unerreichbare Lebensräume für Wasserorganismen. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/euronatur-2018-04-19](http://www.kurzlink.de/euronatur-2018-04-19)
- ▶ [www.kurzlink.de/eeb-2018-04-19](http://www.kurzlink.de/eeb-2018-04-19)
- ▶ [www.kurzlink.de/wwf-2018-04-19](http://www.kurzlink.de/wwf-2018-04-19)

BUND-Report**Gewässerzustand alarmiert**

■ Mitte Mai hat der BUND einen Gewässerreport vorgelegt: Insgesamt 92 Prozent aller Flüsse und Seen in Deutschland sind demnach „in einem beklagenswerten Zustand“. Die Ursachen dafür seien vielfältig, darunter die Verwendung von Chemikalien in der Agrarindustrie, die Begradigung und Vertiefung der Flüsse vor allem für die Schifffahrt, oder Schadstoffe aus dem Bergbau. Die Daten aus zehn Themenfeldern stammen vom Umweltbundesamt. Neben Negativbeispielen gibt es auch positive, die zeigen, dass sich das Engagement für naturnahe Gewässer lohnt. Zum Schutz der Gewässer vor schädlichem Eintrag aus der industriellen Landwirtschaft fordert der BUND bundesweit verpflichtende Gewässerrandstreifen mit einer Mindestbreite von zehn Metern.

Die Präsentation des Gewässerreports ist gleichzeitig der Startschuss für die Kampagne „Rette unser Wasser“. Ziel ist es, ein Aufweichen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) während des anstehenden Überprüfungsprozesses auf europäischer Ebene zu verhindern. Deutschland soll für den Erhalt der Wasserrahmenrichtlinie und die Einhaltung der Frist zur Erreichung eines „guten Zustands“ der Gewässer bis 2027 stimmen.

BUND, NABU, WWF, die Grüne LIGA und der Deutsche Naturschutzring (DNR) haben in den letzten Wochen eine Position zum Fitness-Check der WRRL erarbeitet. Öffentliche Konsultationen starten voraussichtlich Ende Juni/Anfang Juli. [jg]

- ▶ [www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/bund-gewaesserreport-2018](http://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/bund-gewaesserreport-2018)
- ▶ [www.rette-unser-wasser.de](http://www.rette-unser-wasser.de)
- ▶ DNR, Ilka Dege, E-Mail: [ilka.dege@dnr.de](mailto:ilka.dege@dnr.de)

Elbvertiefung**Neue Pläne sind Rückschritt**

■ Das Aktionsbündnis Lebendige Tiedeelbe aus BUND, NABU und WWF hat Anfang Mai eine Stellungnahme zu den von

Behörden vorgelegten Planergänzungen des umstifteten Elbeausbaus vorgelegt. „Rückschritt für die Natur, ungeeignete Ausgleichsflächen und veraltete Modellannahmen“ – so lautet der Tenor der Kritik.

Gemäß den geänderten Plänen sollen sogar noch weniger Ausgleichsflächen festgelegt werden als bisher vorgesehen. Ein Teil der auf niedersächsischen Flächen geplanten Ausgleichsmaßnahmen sei weiterhin nicht als Kompensation für die Elbvertiefung anrechenbar. Bei der Modellierung des zukünftigen Ausgleichslebensraums für den weltweit nur noch in Hamburg vorkommenden Schierlings-Wasserfenchel hätten die Planer unzulässigerweise auf veraltete Unterlagen zurückgegriffen. Die Umweltverbände erwarten, dass die vorgebrachten Einwände im neuen Planergänzungsbeschluss berücksichtigt werden. [jg]

- ▶ [www.wwf.de/2018/mai/planergaenzung-zur-elbvertiefung-ueberzeugt-nicht](http://www.wwf.de/2018/mai/planergaenzung-zur-elbvertiefung-ueberzeugt-nicht)

Gewässerschutz**Kampf gegen Mikroverunreinigungen**

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat Handlungsempfehlungen erarbeitet, um gegen Mikroverunreinigungen in Gewässern vorzugehen. Immer öfter würden Rückstände von Arznei- und Pflanzenschutzmitteln, Bioziden und anderen Chemikalien in Wasserproben nachgewiesen. Diese können schon in geringen Konzentrationen negative Folgen auf Umwelt und menschliche Gesundheit haben. Das UBA will mit einem Maßnahmenpaket helfen, Stoffeinträge in die Gewässer zu minimieren. Die Menge chemischer Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmittel müsse drastisch reduziert, der Ökolandbau ausgebaut und das Vorsorgeprinzip im konventionellen Anbau durchgesetzt werden. Kläranlagen benötigten eine zusätzliche vierte Reinigungsstufe. [jg]

- ▶ [www.uba.de/presse](http://www.uba.de/presse) (Pressemitteilung 10/2018)

**Vereint gegen den Kapitalismus**

*»Was wir brauchen, sind Alternativen für ein solidarisches Miteinander.«*

Alberto Acosta & Ulrich Brand

Oft heißt es, es sei leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus. Doch wenn wir Ansätze aus dem Globalen Süden und Norden vereinen, ist eine gerechtere, bessere Zukunft vorstellbar.

Alberto Acosta, Ulrich Brand  
**Radikale Alternativen**  
**Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann**



oekom verlag, München  
ca. 208 Seiten, Broschur  
18,- Euro  
ISBN: 978-3-96238-014-4  
Erscheinungstermin:  
19.03.2018  
Auch als E-Book erhältlich

oekom.de

 oekom

Wirtschaftsabkommen EU–Japan**Daseinsvorsorge im Wasserbereich in Gefahr**

■ Die öffentliche Wasserwirtschaft in Deutschland ist in Freihandelsabkommen wie dem aktuellen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und Japan nicht ausreichend abgesichert. Das kritisiert die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) in ihrer Stellungnahme Mitte Mai. Nach AöW-Ansicht sei das Handelsabkommen EU–Japan „ein erneuter Schritt zu erhöhtem Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck“ und gefährde die kommunale Daseinsvorsorge. Das Vorsorgeprinzip sei nicht ausreichend abgesichert. [jg]

► [www.aew.de/pages/standpunkte/aew-stellungnahmen.php](http://www.aew.de/pages/standpunkte/aew-stellungnahmen.php)

Internationaler Gipfel**Ozeane als Risikofaktor**

■ In Southampton, Bermuda, fand im Mai die erste Konferenz zu Risiken durch sich verändernde Bedingungen an den Weltmeeren statt.

Während des Gipfels trafen sich die TeilnehmerInnen in fünf Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: Naturkapital und Ökosystemdienstleistungen; Städte, Inseln, Küsteninfrastruktur und Tourismus; regenerierendes Ozeanleben; Fischerei und Aquakultur sowie Meeresverschmutzung, einschließlich Abfall und Mikroplastik. Der Gipfel befasste sich auch mit technologischen Fortschritten bei der Sammlung von Meeresdaten und der Erörterung innovativer Lösungen, wozu auch neuartiger Finanzierungsinstrumente gehören. Ziel ist, die internationale Zusammenarbeit zu verbessern und bereits vorhandene Erfahrungen miteinander zu teilen. [jg]

► <http://enb.iisd.org/oceans/risk/summit-1/>

Aquakultur**Fischereiausschuss will bessere Standards**

■ Der Fischereiausschuss im Europäischen Parlament hat Mitte Mai eine Erhöhung der Aquakulturproduktion in der EU und gleiche Standards für EU-eigene und importierte Aquakulturprodukte gefordert. Importierte Aquakulturprodukte müssten zukünftig die gleichen Umwelt-, Lebensmittelsicherheits- und Sozialarbeitsnormen einhalten wie die europäischen. Zudem müsse ein neues Gütesiegel für nachhaltige Aquakultur in der EU geschaffen werden. Umweltverbände halten Aquakulturen ohne hohe Umweltauflagen für ökologisch bedenklich. Chemikalien, Fischkot, Nahrungsreste und Antibiotika können aus offenen Netzkäfigen in Flüsse und Meere gelangen. [jg]

► [www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20180515IPR03514](http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20180515IPR03514)

Nachhaltige Fischerei**MSC-Siegel greift zu kurz**

■ Der Umweltverband NABU und die Umweltstiftung WWF Deutschland sehen dringenden Reformbedarf für das Nachhaltigkeitssiegel für Fische und Meeresfrüchte des Marine Stewardship Council (MSC). Das MSC ist eine unabhängige, gemeinnützige internationale Organisation zur Zertifizierung von Fischereien nach Umweltverträglichkeitskriterien; sein Siegel findet sich auf vielen Produkten im Kühlregal. Bereits Ende Januar hatte es einen internationalen Brandbrief von MSC-KritikerInnen gegeben (siehe umwelt aktuell 03.2018, S. 31).

Der NABU kritisierte, dass die aktuellen Kriterien beim Schutz von assoziierten marinen Arten und sensiblen Lebensräumen zu kurz greifen. Darüber hinaus seien die sozialen Standards für die Schiffsbesatzungen nicht ausreichend und auch an der Transparenz und Unabhängigkeit der Zertifizierung bestünden Zweifel. Der WWF

mahnte ebenfalls, dass die objektive Bewertung sowie die hohen ökologischen Standards nicht mehr gewährleistet seien. [jg]

► <https://20.msc.org/de>

► NABU: [www.kurzlink.de/nabu-msc-2018](http://www.kurzlink.de/nabu-msc-2018)

► WWF: [www.kurzlink.de/wwf-msc-2018](http://www.kurzlink.de/wwf-msc-2018)

## WIRTSCHAFT &amp; RESSOURCEN

EU-Freihandelsabkommen I**Dem Abschluss mit Japan und Singapur nah**

■ Die EU-Kommission hat Ende April dem Rat der EU empfohlen, die geplanten Handelsabkommen mit Japan (JEFTA) und Singapur abzuschließen. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan wird laut Kommission „das gemeinsame Engagement beider Partner für eine nachhaltige Entwicklung untermauern und als erstes Handelsabkommen überhaupt ein ausdrückliches Bekenntnis zum Pariser Klimaschutzübereinkommen enthalten“.

Das Netzwerk Gerechter Welthandel widerspricht dem und fordert die EU-Mitgliedstaaten sowie das EU-Parlament auf, dem Abkommen nicht zuzustimmen. Alessa Hartmann, Handelsreferentin bei PowerShift, kritisierte, dass „mehrere Komitees eingerichtet werden, denen nach Vertragsabschluss weitreichende Rechte zugestanden würden. Sie könnten beispielsweise im Nachhinein Anhänge des Abkommens verändern. Eine ausreichende demokratische Rückbindung der Entscheidungen der Ausschüsse durch Parlamente ist nicht gesichert.“

Für die europäische Agrarindustrie soll Japan seine sensiblen Agrarmärkte für europäische Milch- und Fleischexporte öffnen. Dazu sagte Berit Thomsen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): „Wir sind im Kontakt mit japanischen Bäuerinnen und Bauern. Sie sehen in JEFTA eine Bedrohung ihrer lokalen und nationalen Märkte.“

Nach dem Willen der Kommission sollen die Handelsabkommen mit Japan und Singapur noch vor Mandatsende der Kommission im Jahr 2019 in Kraft treten. Das Investitionsschutzabkommen mit Singapur muss zusätzlich das Ratifizierungsverfahren auf Ebene der Mitgliedstaaten durchlaufen.

Gleichzeitig verhandeln die EU und Japan weiter über Investitionsschutzstandards und die Beilegung von Investitionsschutzstreitigkeiten. Beide Aspekte sind im Handelsabkommen ausgeklammert worden. [aw]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP-18-3325)
- ▶ [www.gerechter-welthandel.org/2018/04/18/keine-zustimmung-zu-jefta](http://www.gerechter-welthandel.org/2018/04/18/keine-zustimmung-zu-jefta)

#### EU-Freihandelsabkommen II

### EU und Mexiko öffnen Märkte für Agrar- und Dienstleistungen

■ Ende April haben sich die EU und Mexiko auf ein neues Freihandelsabkommen geeinigt. Hierbei handelt es sich um eine Grundsatzvereinbarung zwischen beiden Parteien, an technischen Fragen und Details werde noch weitergearbeitet.

Zu den Kernelementen des Abkom-

mens gehören unter anderem Agrarausfuhren aus der EU, die Öffnung des Handels mit Dienstleistungen sowie Investitionsschutz. Während die EU-Kommission den Abschluss der Verhandlungen als Erfolg ansieht, gibt es auch viele kritische Stimmen zu dem Abkommen.

Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament Martin Häusling kritisierte: „Es ist nicht die Aufgabe eines EU-Kommissars, am Parlament und an der Öffentlichkeit vorbei obskure Abschlüsse über Freihandelsabkommen vorzubereiten, die von weitreichenden Folgen für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher sowohl hierzulande wie in Mexiko sind. Diesen Raubbau an der Natur darf die EU nicht unterstützen, nur damit die europäischen Schweinefleisch- und Milcherzeuger ihre hierzulande nicht immer absetzbaren Produkte nun zollfrei in das lateinamerikanische Land exportieren dürfen und in Gegenrichtung wir mit Billighähnchen aus Mexiko überschüttet werden. Liberalistische Wirtschaftspolitik kontra Natur – diese Rechnung geht nicht auf.“

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mexiko ist Teil der Liberalisierungsagenda der EU, zu der weitere Handels- und Investitionsabkommen zählen, etwa mit Japan und Singapur, Mercosur oder Kanada. [lr]

- ▶ [www.ec.europa.eu/germany/news/mexico20190423\\_de](http://www.ec.europa.eu/germany/news/mexico20190423_de)
- ▶ [www.kurzlink.de/180424-haeusling](http://www.kurzlink.de/180424-haeusling)

#### Tiefseebergbau

### Positionspapier veröffentlicht

■ Zivilgesellschaftliche Organisationen haben eine gemeinsame Position veröffentlicht, in der sie einen Stopp des Tiefseebergbaus fordern. Jedes Jahr importiert Deutschland über 90 Millionen Tonnen Metalle zur Produktion von Maschinen, elektrischer Ausrüstung oder Automobilen. Immer knapper werdende terrestrische Ressourcenvorkommen lenken den Fokus mehr und mehr auf den Bergbau in der Tiefsee, der verheerende ökologische Konsequenzen mit sich bringt.

Die Bundesregierung fördere diesen Trend, indem sie Industrie- und Forschungsinitiativen im Tiefseebergbau politisch und finanziell unterstützt. Daher fordert der Zusammenschluss aus Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen ein klares Umsteuern der Politik. [lr]

- ▶ [www.forumue.de/wp-content/uploads/2018/05/Positionspapier-Tiefseebergbau-25042018.pdf](http://www.forumue.de/wp-content/uploads/2018/05/Positionspapier-Tiefseebergbau-25042018.pdf)

## Höchste Zeit auszusteigen!

Eines ist klar: Dem Auto geht es an den Kragen! Dieser Ratgeber zeigt, wie Sie ohne Auto clever und entspannt unterwegs sind. Dank Diensträdern wird die Parkplatzsuche obsolet, Lastenräder sind wahre Transportwunder, und Apps navigieren uns problemlos durch jede Stadt.

autofrei leben! e. V.

### Besser leben ohne Auto



oekom verlag, München  
128 Seiten, Broschur, vierfarbig,  
mit zahlreichen Abbildungen  
14,- Euro  
ISBN: 978-3-96238-017-5  
Erscheinungstermin: 19.03.2018  
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT

 oekom

DNR INTERN

Standpunkt

## Sachlich und entschieden gegen rassistische Inhalte

■ Das Präsidium des Deutschen Naturschutzing (DNR) hat im April ein Positionspapier zum Umgang mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD) veröffentlicht. Darin betont der Umweltschutzverband seine menschen- und freiheitsrechtliche Haltung und seinen Einsatz für eine offene und demokratische Gesellschaft.

Der DNR bekennt sich in seiner Satzung und seinem Leitbild zu einem wissenschaftsbasierten Natur-, Umwelt- und Tierschutz. Er tritt rassistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen und anderen diskriminierenden oder menschenverachtenden Verfahrensweisen entschieden entgegen.

Die AfD ist programmatisch eine nationalistische und europafeindliche Partei, die zunehmend rassistische, extrem rechte und antidemokratische Positionen vertritt, die dem Grundgesetz und den Werten einer freiheitlich demokratischen Grundordnung entgegenstehen. Diese

Entwicklung darf nicht unterschätzt werden. Es bedarf einer ernsthaften gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in der das demokratische Miteinander im Vordergrund steht.

Wegen der menschenverachtenden und fremdenfeindlichen Prägungen der AfD wird der DNR deren Abgeordnete nicht aktiv in seine Arbeit einbeziehen oder bei Veranstaltungen berücksichtigen, um ihnen so eine Bühne zu bieten.

Die umweltpolitischen Positionierungen der AfD widersprechen in ihren Grundsätzen den Beschlüssen des DNR. Die AfD erkennt zudem internationale Vereinbarungen, beispielsweise die der Klimakonferenz von Paris, des G7-Gipfels in Elmau sowie der Agenda 2030 von New York und die damit verbundenen Verpflichtungen Deutschlands nicht an. Dadurch blockiert die Partei bisher erreichte Errungenschaften im Klima- und Umweltschutz sowie die damit einhergehende international anerkannte Vorreiterrolle Deutschlands. Die umweltpolitischen Positionen der AfD sind rückwärtsgewandt und verwehren eine zukunftsfähige und sozial verträgliche Umweltpolitik. [red]

- Positionspapier: [www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-04-04\\_Positionspapier\\_Umgang\\_mit\\_der\\_AfD.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-04-04_Positionspapier_Umgang_mit_der_AfD.pdf)

Katholikentag 2018

## Motto „Suche Frieden“

■ Der DNR war auf dem diesjährigen Katholikentag in Münster (gemeinsam etwa mit der DBU, dem NABU oder dem VCD in einem Forum) vertreten. Präsidiumsmitglied Gerlinde Hoffmann präsentierte den Dachverband als Vertreterin des Umweltbeirats auf verschiedenen Foren und gegenüber den Medien vor Ort.

Sehr interessiert waren die Besucherinnen und Besucher an dem Diskussionspapier über Verantwortung in der Epoche des Anthropozäns, das DNR-Präsident Kai Niebert im März dem Papst überreicht hat. Auch das Interview zum gleichen Thema mit dem Vorsitzenden der NaturFreunde Deutschlands Michael Müller fand großen Anklang und wurde von vielen gelesen. „Papst Franziskus ist ein Geschenk“, sagte einer der zahlreichen Anwesenden, die sich für die Umwelt und Bewahrung der Schöpfung interessierten. Der Papst sei gegenüber vielen Themen, die derzeit die Welt bewegen, sehr offen, und setze sich für Veränderungen ein.

Trotz des Mottos des Katholikentags „Suche Frieden“ wurde in Münster trefflich auf vielen Veranstaltungen über gesellschaftspolitische Themen gestritten. [mbu]

- [www.katholikentag.de](http://www.katholikentag.de)

## Wohnst du noch, oder lebst du schon?

Ausufernde Städte, Mietwucher, Entfremdung – was unsere Städte brauchen, sind intelligente und originelle Formen des Wohnens. Daniel Fuhrhop präsentiert 66 Tipps, die Platz schaffen und zu mehr Wohnglück verhelfen – vom privaten Entrümpeln bis zur Wohngenossenschaft.

Daniel Fuhrhop

### Einfach anders wohnen 66 Raumwunder für ein entspanntes Zuhause, lebendige Nachbarschaft und grüne Städte



oekom verlag, München  
ca. 128 Seiten, Klappenbroschur, vierfarbig, mit zahlreichen Abbildungen  
14,- Euro  
ISBN: 978-3-96238-016-8  
Erscheinungstermin: 19.03.2018  
Auch als E-Book erhältlich



## AUS DEN VERBÄNDEN

bdla-Position**Mehr urbaner Freiraum**

■ In der Baunutzungsverordnung steht rückwirkend ab Mai 2017 die sogenannte neue Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“. Diese erlaubt „eine im Vergleich zum Mischgebiet breiter angelegte Nutzungsmischung. Damit soll auch Verkehr vermieden beziehungsweise reduziert und die Entstehung eines lebendigen öffentlichen Raums gefördert werden“, heißt es vonseiten der Bauministerkonferenz.

Für den Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) bietet die neue Kategorie Chancen: etwa die Entwicklung Nutzungsgemischter Quartiere, die gut mittels umweltfreundlicher Verkehrsmittel wie Bus, Bahn und Fahrrad erschlossen werden können, sowie kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung und Freizeitangeboten. Dadurch könne auch zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden, der derzeit in vielen Großstädten benötigt wird. Er sollte vor allem innerhalb der Stadtgrenzen entstehen, anstatt der Suburbanisierung weiter Vorschub zu leisten. [mbu]

► [www.bdla.de](http://www.bdla.de)

Wachstumskritik**Interviewheft zu Umweltengagement erschienen**

■ Die Umweltverbände gehören zu den mitgliederstärksten und am besten vernetzten Organisationen in Deutschland. Sind die Verbände wichtiger denn je, damit unsere Gesellschaft zukunftsfähig wird? Was müssen sie tun, um wirkmächtig zu bleiben? Dazu hat der Verein denkhausbremen mit AktivistInnen und MitarbeiterInnen von BUND, Greenpeace, Konzeptwerk Neue Ökonomie, NABU, NaturFreunde und WWF Gespräche geführt. Letztendlich lässt sich die Botschaft der Gespräche

auf die Formel bringen: „Umweltverbände – raus aus der Komfortzone“. Die Interviews sind nachzulesen auf der Website von denkhausbremen. [mbu]

► Das neue Heft zum Download: [www.denkhausbremen.de/de/neues-interviewheft-zur-wachstumskritik-in-den-umweltverbaenden](http://www.denkhausbremen.de/de/neues-interviewheft-zur-wachstumskritik-in-den-umweltverbaenden)

## EHRENAMT

Naturschutz**12. Langer Tag der Stadtnatur**

■ Mitte Juni ist es wieder so weit: 26 Stunden lang veranstaltet die Stiftung Naturschutz Berlins größtes Naturfestival. An 150 Orten in der ganzen Stadt gibt es 500 Aktionen und Führungen. Seit Mai ist das Programm veröffentlicht und online herunterzuladen. Veranstaltungshotspots sind in diesem Jahr: Botanischer Volkspark Pankow, Britzer Garten, Natur-Park Südgelände, Naturschutzpark Marienfelde, Wasserwerk Friedrichshagen, WBM Oase, Landschaftspark Glienicke. Zu den Programmhightlights gehören diesmal: Schiffstouren mit dem Wildtierexperten Derk Ehlert, Kanutouren, Fahrradtouren, Urban Gardening, Heilkräuterführungen, Nachtwanderungen, Bienenführungen, Beobachtungen im Eisvogelrevier und vieles mehr. [mbu]

► [www.langertagderstadtnatur.de](http://www.langertagderstadtnatur.de)

Artensuche**GEO-Tag der Natur**

■ Mitte Juni machen sich bundesweit Interessierte wieder auf die Pirsch, um die Vielfältigkeit von Fauna und Flora zu erkunden. In Görlitz, am Bodensee, in Frankfurt an der Oder, in Bönebüttel, Schleswig-Holstein, in Österreich oder in der Schweiz erwarten die Veranstalter über 12.000 Menschen, die am 20. GEO-Tag der Natur teilnehmen. Sie gehen raus

in die Natur und entdecken die Artenvielfalt – vielleicht auf einem Biohof, in einem Quellgebiet, in einem Wald, am Meer oder in den Bergen.

Veranstaltungen in der eigenen Region sind zu finden unter: [www.geo-tagdernatur.de/suchen](http://www.geo-tagdernatur.de/suchen). Die ersten Aktionen sind schon gelaufen, es folgen weitere, etwa eine Nachtwanderung, bei der man den Ziegenmelker – auch Nachtschwalbe genannt – und seinen Lebensraum beobachten kann. Für alle Aktionen und Veranstaltungen stehen Materialien – Plakate, Postkarten, Poster und Urkunden – für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Das Bestellformular befindet sich auf der Internetseite zum Download. Die Heinz Sielmann Stiftung fördert den 20. GEO-Tag der Natur und bietet zudem zahlreiche Aktionen auf ihren Flächen an. [mbu]

► [www.geo-tagdernatur.de](http://www.geo-tagdernatur.de)

Demokratie fördern**Tag der offenen Gesellschaft**

■ Eine aufgeschlossene Gesellschaft gibt es nur dann, wenn genug Menschen für sie eintreten. Am 16. Juni heißt es wieder: Ein ganzes Land tischt auf und setzt ein Zeichen. Für die Demokratie, für Offenheit, Gastfreundschaft, Vielfalt und Freiheit.

Gegen Fremdenfeindlichkeit, Fake-news, Hass und Hetze im Netz und für ein gutes Miteinander wird auf Gehwegen, Marktplätzen und Hausdächern, in Parks, Gärten oder am Strand der Tisch gedeckt, um zu feiern: ein Dinner für die Demokratie. Egal ob jung oder alt, konservativ oder weltverbesserisch, schon heimisch oder gerade erst angekommen: Am Tag der offenen Gesellschaft treffen sich alle und zeigen gemeinsam Haltung.

2017 waren bereits mehr als 20.000 Menschen dabei – von Aachen bis Cottbus, von Bremen bis Freiburg. Selbst in Finnland, Portugal und Italien luden Menschen zur Tafel. Feiern Sie mit, damit diese gute Tradition fortgesetzt wird. [mbu]

► [www.die-offene-gesellschaft.de/16juni](http://www.die-offene-gesellschaft.de/16juni)

## PREISE &amp; AUSSCHREIBUNGEN

## Ideenwettbewerb

## Grenzenlose Energiewende

■ Zwar findet die erste Deutsch-Französische Energiewendewoche erst kommenden Jahr rund um den Tag der deutsch-französischen Freundschaft am 22. Januar statt. Aber der Startschuss für den Ideenwettbewerb ist bereits gefallen. Noch bis zum 6. Juli 2018 können Interessierte ihre Vorschläge für eine Klimaschutzaktion einreichen.

Während der geplanten Woche, die vom Klima-Bündnis und Energy Cities koordiniert wird, sollen Kommunen und Verbände aus beiden Ländern kreative, leicht umzusetzende und öffentlichkeitswirksame Klimaschutzaktionen durchführen. An dem Wettbewerb können sich Verbände und Organisationen in Frankreich und Deutschland beteiligen, die vom 17. bis 27. Januar 2019 an der Deutsch-Französischen Energiewendewoche teilnehmen möchten. Die zwanzig besten Vorschläge werden ausgezeichnet und mit bis zu 6.000 Euro finanziert.

Ziel der deutsch-französischen Energiewendewoche ist, die Zusammenarbeit zwischen Städten beider Länder zu verstärken und zum Engagement für die Energiewende aufzurufen. Sie wird unter anderem vom Bundesumweltministerium gefördert. [mbu]

► [www.energiewendewoche.de](http://www.energiewendewoche.de)

## Europapreis

## Blauer Bär 2018 verliehen

■ Am 9. Mai haben die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland und die Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa Berlinerinnen und Berliner für ihr europapolitisches Engagement ausgezeichnet. Der Europapreis Blauer Bär würdigt Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich mit ihren Projekten für die europäische Idee einsetzen. Das Preisgeld beträgt insgesamt 2.000 Euro.

Anlässlich des Europäischen Kulturerbejahres 2018 wurde ein Sonderbär für

beispielhaftes Engagement zur Sichtbarmachung und Bewahrung europäischen Kulturerbes vergeben. Ihn bekam der Verein „Steine ohne Grenzen“, der mit seiner Skulpturenstraße Orte des Friedens und der Völkerverbindung schafft.

Den großen Blauen Bären erhielt Katja Sinko, Initiatorin von The European Moment. Die Kampagne hat sich zur Aufgabe gemacht, europäische Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen und demokratische Mittel für die Durchsetzung von Ideen und Rechten zu nutzen. So hat sie etwa den Anstoß für die E-Petition „Bundestag mach's europäisch!“ gegeben.

Ein kleiner Blauer Bär ging an das Berliner Team der Initiative #FreeInterrail. Ihr Vorstoß, allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern zum 18. Geburtstag einen Gutschein für ein Interrailticket zur Verfügung zu stellen, hat auch das EU-Parlament überzeugt. Und so wird diese Idee ab Sommer 2018 für bis zu 30.000 junge Menschen in Europa Realität.

Einen weiteren Bären erhielt der Verein „Polis 180“, der sich in innovativen Formaten für mehr demokratische Partizipation und politische Themen einsetzt, beispielsweise im Projekt „Alternative Europa!“ oder im Podcast „Brüsseler Bahnhof“. [mbu]

► [www.berlin.de/sen/kulteu](http://www.berlin.de/sen/kulteu)

## Deutscher Mobilitätspreis 2018

## Clevere Lösungen gesucht

■ Unter dem Motto „Intelligent unterwegs – Innovationen für eine nachhaltige Mobilität“ suchen die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und das Bundesverkehrsministerium (BMVI) zehn wegweisende Best-Practice-Projekte für den Deutschen Mobilitätspreis 2018. Ob mobile Sharingangebote, vernetzte Fahrzeuge oder elektronische Tickets: Prämiert werden zehn Projekte, die mit digitaler Innovation dafür sorgen, dass Verkehr und Logistik nachhaltiger werden. Im Herbst werden die Siegerinnen und Sieger dann persönlich im Bundesverkehrsministerium in Berlin geehrt. [mbu]

► [www.deutscher-mobilitätspreis.de](http://www.deutscher-mobilitätspreis.de)

## Impressum

 umwelt aktuell Juni 2018  
 ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hjh] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Finn Gröschel [fg], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 29

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** Titel © DLR; S. 3 © Jan Steffen, GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-80399 Bobingen. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: [oekom@intime-media-services.de](mailto:oekom@intime-media-services.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Anzeigen:** oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

## Klimabildung

# Mehr Bildung für Klimaschutz in ganz Deutschland

In Deutschland gibt es mehrere Tausend außerschulische Bildungszentren. 16 Einrichtungen entwickeln sich nun gemeinsam zu „Bildungszentren Klimaschutz“ und beraten weitere Zentren. Ziel des Projekts „BildungKlima-plus“ ist es, die Anzahl der Bildungseinheiten zum Klimaschutz bundesweit zu erhöhen sowie qualitativ weiterzuentwickeln.

□ Im Jahr 2015 haben sich beim Klimagipfel in Paris 195 Staaten dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Ein zentrales Thema von Bildung für nachhaltige Entwicklung muss daher auch die Beschäftigung mit den Folgen unseres Lebensstils auf das globale Klima sein. Bildung für Klimaschutz ist wichtig, weil klimafreundliches Verhalten im Alltag ein komplexer Abwägungsprozess sowohl auf kognitiver als auch auf emotionaler Ebene ist. Eine Rolle spielen beispielsweise soziale Normen, persönliche ökologische Normen, Kosten und Nutzen sowie Gewohnheiten, die teils unbewusst sind.<sup>(1)</sup>

In Deutschland gibt es mehrere Tausend außerschulische Bildungszentren, von denen viele noch aktiver in der Bildung für Klimaschutz werden können. Dazu zählen Nationalpark-, Biosphären- und Naturparkzentren, Schul- und Lernbauernhöfe, Schulbiologiezentren, umweltpädagogische Zentren, Biologische Stationen, Naturfreundehäuser sowie Jugendherbergen. Darüber hinaus gibt es viele außerschulische Bildungszentren, zum Beispiel der Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Volkshochschulen oder Museen, die in sehr unterschiedlichem Umfang Umweltbildung anbieten.

Beispielsweise fanden im Arbeitsjahr 2016 in den bundesweit 900 Volkshochschulen 6,2 Prozent aller Kurse im Programmbereich Politik, Gesellschaft und Umwelt (PGU) statt. Nur 6,9 Prozent dieser Kurse gehörten zum Fachgebiet Umweltbildung. Traditionell hat der Sprachbereich ein besonderes Gewicht im Angebotsspektrum der Volkshochschulen.<sup>(2)</sup>

Um die Anzahl der Bildungseinheiten zum Klimaschutz bundesweit zu erhöhen und qualitativ weiterzuentwickeln, hat sich unter der Leitung des Umweltbildungszentrums NaturGut Ophoven in Leverkusen

## BILDUNGSZENTREN

ein Netzwerk von „16 Bildungszentren Klimaschutz“ gegründet. Im Projekt „BildungKlima-plus“<sup>(3)</sup> – und darüber hinaus – setzt sich in jedem Bundesland ein Bildungszentrum für mehr Klimabildung ein. Das Projekt wird im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) gefördert.

Nicht jedes Programm muss neu erfunden werden, um Bildung für Klimaschutz zu vermitteln. Stattdessen können einzelne Aspekte in bestehende Bildungsprogramme integriert werden. So hat das Ökowerk Berlin eine GPS-Rallye zum Schutz der Moore angepasst und als neues Klimatelement einen sogenannten „Klimataler“ eingeführt. Dieser ersetzt die Schokolade als Teil des Schatzes. Er besteht aus in Lehm eingeschlossenen Samentütchen. Auf den Tütchen stehen Klimaschutzinfos über Pflanzen und ihre Funktion bei der Bindung von CO<sub>2</sub> aus der Luft. Ein anderes Beispiel ist die „Forschertour“ des Nationalparkzentrums Multimar Wattforum. Hier wurde eine thematische Einheit am Aquarium „Lebensraum Block- und Geröllgrund“ durch die Einbindung der Themenwand „Prima Klima?“ ersetzt. An ihr erforschen die Schülerinnen und Schüler die Folgen des Klimawandels für die Bewohner der Nordsee und entwickeln eigene Ideen zum Klimaschutz.

Eine vom NaturGut Ophoven durchgeführte Potenzialanalyse zu Klimabildung in Deutschland ergab, dass 50 Prozent der 392 untersuchten außerschulischen Lernorte bereits in der Klimabildung aktiv sind, die andere Hälfte aber laut Homepageauftritt

noch nicht. Stichprobenartige Nachfragen bestätigten diese Analyse. Es zeigte sich außerdem, dass weniger als 5 Prozent der untersuchten außerschulischen Lernorte an Zertifizierungsmaßnahmen im Bereich Klimaschutz und Energieneutralität teilnehmen. Daher ist das Vorleben von Klimaschutz in der Einrichtung ein wichtiges Element des Projekts „BildungKlima-plus“. Beispielsweise hat das Netzwerkzentrum „Haus des Waldes“ in Sachsen-Anhalt durch Gespräche mit dem Land den Umstieg auf Ökostrom erreicht. Andere Zentren ermitteln nun ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck und begeben sich auf den Weg in Richtung einer Zertifizierung zur Klimaneutralität.

Das Projekt „BildungKlima-plus“ zeigt auf, wie ganz unterschiedliche außerschulische Bildungseinrichtungen ihr großes Potenzial der Bildung für Klimaschutz noch mehr nutzen können. Das erste Projektjahr 2017 hat die 16 Bildungszentren als Netzwerk zusammenwachsen lassen und sehr viel kreatives Potenzial freigesetzt. Die Ergebnisse werden im Dezember 2018 auf einer Abschlusstagung vorgestellt und mit Fachpublikum diskutiert.

### Links und Literatur

- ▶ (1) Hamann, K.; Baumann, A.; Lösinger, D.: Psychologie im Umweltschutz. Handbuch zur Förderung nachhaltigen Handelns. oekom, München 2016, 144 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-799-0. [www.wandel-werk.org/docs/20171007-Handbuch\\_deutsch.pdf](http://www.wandel-werk.org/docs/20171007-Handbuch_deutsch.pdf) [Stand 24.04.2018].
- ▶ (2) Huntemann, H.; Reichart, E.: Volkshochschul-Statistik. 55. Folge, Arbeitsjahr 2016. Bertelsmann, Bielefeld 2017, 96 Seiten. [www.die-bonn.de/doks/2017-volkshochschule-01.pdf](http://www.die-bonn.de/doks/2017-volkshochschule-01.pdf) [Stand 18.04.2018].
- ▶ (3) [www.16bildungszentrenklimaschutz.de](http://www.16bildungszentrenklimaschutz.de)

### Kontakt:

**Sonja Fasbender, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Bildung für nachhaltige Entwicklung im Projekt „BildungKlima-plus“,**  
**E-Mail: [sonja.fasbender@naturgut-ophoven.de](mailto:sonja.fasbender@naturgut-ophoven.de),**  
**[www.16bildungszentrenklimaschutz.de](http://www.16bildungszentrenklimaschutz.de)**

## BLICKPUNKT

### Klimaschutz-Installationen

**Neue Klimaschutz-Installationen auf dem Gelände der Bildungszentren *Klimaschutz* erweitern die Klimabildungsarbeit. Sie laden ein, Klimaphänomene zu erforschen und geben Impulse für eigene Klimaschutzaktivitäten.**

Im Rahmen des Projektes *BildungKlima-plus* sollen Klimaschutz-Installationen entstehen, die anderen Zentren als Vorbilder zum Nachbau dienen und möglichst lange und nachhaltig genutzt werden können. Größtenteils werden die Installationen für die Klimabildungsarbeit im Gelände konzipiert, einige sollen aber auch als mobile Installationen eingesetzt werden. Kriterien für den Bau sind daher: Die Installation soll viele Menschen erreichen und die breite Masse ansprechen. Außerdem soll sie nicht zu teuer sein, damit sie möglichst viele Zentren nachbauen können und sie vom Zentrum dauerhaft gepflegt und genutzt werden kann. Bei Vandalismus oder Verschleiß soll eine leichte Reparatur aus eigenen Mitteln möglich sein. Bei der Planung sind folgende Elemente der Baubiologie mit zu berücksichtigen: Einsatz von Recyclingmaterialien, umweltfreundliche Holzimprägnierung und Farbe sowie Vermeidung ressourcenproblematischer Baustoffe.

Die Auwaldstation Leipzig in Sachsen nutzt für die Klimabildungsinstallation ein Lastenrad als mobiles Element und für das Gelände einen sogenannten „Ökotrainer“ mit Handyladestation. „Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Auwaldstation Leipzig liegt der Klimaschutz im Bereich Mobilität besonders am Herzen“, erklärt Ursula von Bogen die Auswahl des Lastenrads. Sie ist im Netzwerk der 16 Bildungszentren *Klimaschutz* die Ansprechperson für das Bundesland Sachsen. „Die Auwaldstation beteiligt sich ungefähr sechsmal im Jahr an regionalen Veranstaltungen mit einem Infostand. Zum Transport der dafür notwendigen Materialien von der Auwaldstation zum Veranstaltungsort und zurück musste jedes Mal ein privater Pkw eingesetzt werden. Dafür haben wir nun eine bessere Lösung und wollen als Einrichtung selber Vorbild beim Thema klimafreundliche Mobilität sein“, berichtet Ursula von Bogen. Darüber hinaus wird das Lastenrad auch als Personentransportmittel eingesetzt werden, um Gäste abzuholen, die ansonsten an der etwa zwei Kilometer entfernten S-Bahn-Station ankommen und ein Taxi nehmen würden. So wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch wegfallende Autofahrten weiter minimiert. Die Reduzierung beträgt voraussichtlich 120 Kilogramm für 600 Kilometer pro Jahr.

Die Installation „Lastenfahrrad“ ist multifunktional. Das Rad dient nicht nur als Transportmittel, sondern auch als Infostand, an dem Besucherinnen und Besucher unter anderem am Glücksrad Quizfragen zum Thema Klimaschutz beantworten können. Außerdem ist geplant, dass es als besonderen Preis für Gewinnergruppen bei Bildungsveranstaltungen, wie zum Beispiel bei Wald-Rallyes mit Schulklassen, eine Probefahrt mit dem Lastenrad gibt. Somit kann auch hier das Thema „klimafreundliche Mobilität“ breitenwirksam platziert werden. Zudem wird ein großer und ansprechender Schriftzug sowohl beim Fahren als auch bei den Veranstaltungen öffentlichkeitswirksam auf den Klimaschutzbeitrag eines Lastenrades hinweisen. So sollen möglichst viele Institutionen, gewerbliche Firmen und Privatpersonen zur Nachahmung animiert werden.

Aber auch im Bereich Energie sieht die Auwaldstation Leipzig neue Möglichkeiten der Bildung für Klimaschutz vor Ort. So ist der zweite Teil der Installation ein

sogenannter „Ökotrainer“, welcher mit dem Lastenrad betrieben werden soll. Dabei wird nach dem Reibrollenprinzip ein Stromgenerator gegen das Hinterrad des Fahrrads gedrückt und Elektrizität erzeugt. Die Visualisierung beziehungsweise Nutzung der Stromerzeugung erfolgt mit dem Zusatzelement „Tritt den Lukas“ und einem Element zur Handyaufladung. Letzteres soll vor allem bei Festen und Infoveranstaltungen eingesetzt werden. Das Element „Tritt den Lukas“ spielt auf eine alte Jahrmarktstradition namens „Hau den Lukas“ an. Dabei wird die erzeugte Leistung über einen Lastwiderstand abgenommen und über 30 LEDs visualisiert. Je mehr Leistung mit dem Ökotrainer erzeugt wird, desto mehr LEDs leuchten. Maximal können dabei laut Hersteller 500 Watt erreicht werden. Weiterhin ist die Kombination mit einem Ratespiel geplant, bei dem die Teilnehmenden verschiedene Magnetbilder von Elektrogeräten ausgeteilt bekommen, die sie der jeweils durch Treten erzeugten Leistung zuordnen sollen. Auf diese Weise wird die Bildungsarbeit der Auwaldstation Leipzig mithilfe des Projekts „*BildungKlima-plus*“ um eine spannende Attraktion, die gleichzeitig einen entscheidenden Beitrag zur Klimabildung leistet, bereichert.

Einen ganz anderen Schwerpunkt setzt das Hamburger Umweltzentrum Gut Karlshöhe mit seiner Klimaschutz-Installation. Die künstlerisch gestaltete „Gabione“ wird auf klimafreundlichen Konsum und den hohen Plastikverbrauch in unserer Gesellschaft aufmerksam machen. 207 Einwegplastikflaschen, die aus Rohöl produziert wurden und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen erzeugten, füllen die Gabione aus und veranschaulichen sehr deutlich, wie viele Flaschen jeder Mensch durchschnittlich pro Jahr in Deutschland verbraucht. Die klimafreundliche Handlungsalternative „Mehrweg statt Einweg“ kennt jeder und kann sie leicht umsetzen. So ist zum Beispiel Leitungswasser viel klimafreundlicher und kann an der Refill-Station auf dem Gut Karlshöhe immer wieder in eine mitgebrachte Trinkflasche nachgefüllt werden. Die Kunstinstallation wird voraussichtlich ab Ende Mai 2018 auf dem Gelände des Guts Karlshöhe der Öffentlichkeit zugänglich sein.

#### Links:

- ▶ [www.16bildungszentrenklimaschutz.de](http://www.16bildungszentrenklimaschutz.de)
- ▶ [www.auwaldstation.de](http://www.auwaldstation.de)
- ▶ [www.gut-karlshoehe.de](http://www.gut-karlshoehe.de)
- ▶ [www.refill-deutschland.de](http://www.refill-deutschland.de)

**Sonja Fasbender in Zusammenarbeit mit Ursula von Bogen (Auwaldstation Leipzig) und Silvia Schubert (Gut Karlshöhe)**  
**E-Mails:**  
[sonja.fasbender@naturgut-ophoven.de](mailto:sonja.fasbender@naturgut-ophoven.de),  
[ursula-von-bogen@auwaldstation.de](mailto:ursula-von-bogen@auwaldstation.de),  
[silvia.schubert@anu-hamburg.de](mailto:silvia.schubert@anu-hamburg.de)

## ZUM THEMA

Fortbildung**Wer schützt das Klima, wenn nicht wir?**

□ Ziel der Fortbildung ist es, durch eine verstärkte Weiterentwicklung vieler außerschulischer Bildungszentren in Deutschland in Richtung Klimabildung und Klimaschutz einen bedeutsamen Beitrag zur Treibhausgasminde- rung zu leisten. Die Teilnehmenden lernen verschiedene Bildungs- module mit Bezug zum Thema Klimaschutz kennen, die sie in ihre bestehenden pädagogischen Programme einbauen können. Die Fortbildung soll zeigen, wie Kinder und Jugendliche mit spannenden Bildungs- impulsen zu aktivem Klimaschutz befähigt werden können. Das versammelte Wissen und die vielfältigen Erfahrungen der Teilnehmenden werden genutzt, um in der Fortbildung beispielhaft eigene Bildungs- angebote in Richtung Klimaschutz zu entwickeln. Die Fortbildung findet am 15. August von 10 bis 16 Uhr in der Auwaldstation in Leipzig statt. Anmeldung bis 30. Juni unter: [info@auwaldstation.de](mailto:info@auwaldstation.de)

▷ [www.kurzlink.de/klimafortbildung](http://www.kurzlink.de/klimafortbildung)

Bildungsmaterial**Wald und Klima**

□ Das Material der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) e.V. zum Thema Wald und Klima enthält Unterrichtseinheiten, Spiele, Experimente und diverse Aktivitäten für Kitas, Grundschulen und die Mittelstufe sowie ausführliche Hintergrundinformationen für Pädagoginnen und Pädagogen.

▷ [www.bildungserver-wald.de](http://www.bildungserver-wald.de)  
▷ [www.concept-futur.de/leistungen/bildungs-und-informationsmaterialien](http://www.concept-futur.de/leistungen/bildungs-und-informationsmaterialien)

Unterrichtsmodul**wald.klima.schule**

□ Die NABU-Naturschutzstation Müns- terland hat im Rahmen des Projektes „Fit für den Klimawandel“ ein neues BNE- Unterrichtsmodul zum Thema „Wald und Klima“ für die Anwendung in der 3. bis 4. Klasse entwickelt. Wie das bereits im letzten Jahr veröffentlichte Modul für die 8. bis 10. Klasse ist es bundesweit anwendbar. Es besteht aus fünf Unterrichtseinheiten und zwei Waldexkursionen. Das Material umfasst Ablaufpläne, Arbeitsblätter und Hintergrundwissen. Für die Durchführung von Waldexkursionen im Unterricht kann außerdem ein kostenloses Waldpaket mit praktischen Exkursionsmaterialien ange- fordert werden – solange der Vorrat reicht.

▷ [www.fit-fuer-den-klimawandel.de/downloads/schulen](http://www.fit-fuer-den-klimawandel.de/downloads/schulen)

Kurzfilme**Videoclips über Klimaschutz in der Region Hannover**

□ In zehn Kurzfilmen erleben die Darstel- ler Lili und Claudius, was in der Region Hannover in Sachen Klimaschutz und Kli- mawandel passiert. Dabei greifen sie all- tägliche Fragen auf und begegnen vielen engagierten Menschen. Die Clips regen un- terhaltsam zum Nachdenken an und zeigen – auch über weitergehende Infos – was es in der Region schon alles gibt. Dabei werden die Themen regionaler Klimawandel, Mobilität, Konsum, Solar- und Windenergie, Gebäude und Wirtschaft angespro- chen. Die Clips können beispielsweise im Unterricht der Sekundarstufen I und II eingesetzt werden. Dafür stehen für jeden Clip Begleitmaterialien mit Fragen und Arbeitsaufträgen zur Verfügung.

▷ Kontakt: Michael Danner, Kommunikation für Mensch & Umwelt, E-Mail: [info@umweltkommunikation-danner.de](mailto:info@umweltkommunikation-danner.de), [www.traumklima.de](http://www.traumklima.de)  
▷ [www.traumklima.de/wp-content/up- loads/2017/11/Traumklima\\_Infoblatt.pdf](http://www.traumklima.de/wp-content/uploads/2017/11/Traumklima_Infoblatt.pdf)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Seminar**Gemeinsam aktiv für den Klimaschutz**

□ Das Seminar stellt neue Ansätze und Methoden der Klimabildung vor, die in dem bundesweiten Projekt „BildungKli- maPlus“ und dem bundesweiten Netz- werk „16 BildungszentrenKlimaschutz“ entstanden sind. In der Kooperations- veranstaltung des Naturerlebnisentrums Burg Schwaneck mit der ANU Bayern wird gezeigt, wie Kindern und Jugendlichen Räume eröffnet werden können, um ihre Umwelt selbst mitzugestalten. Die Metho- den regen an, mit neuen Alltagspraktiken zu experimentieren, bestehende Denkmus- ter zu hinterfragen, nachhaltig zu denken, zu entscheiden und zu handeln. Das Semi- nar findet vom 27. November ab 9:30 Uhr bis zum 28. November um 17:00 Uhr statt.

▷ [www.burgschwaneck.de/jugendbildungsstaette/fortbildungsprogramm](http://www.burgschwaneck.de/jugendbildungsstaette/fortbildungsprogramm)

Unterrichtsmaterial**Huhn frisst Jaguar**

□ Aufbauend auf fundierten Sachinfor- mationen hat OroVerde – Die Tropen- waldstiftung Unterrichtsmaterialien ent- wickelt, um Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit zu geben, das Thema „Fleisch“ im Unterricht zu behandeln. Neben aus- führlichen Hintergrundinformationen und Faktenwissen liefern Bildungscomics, Spiele, Aktionen, Arbeitsblätter, Filmtipps und vieles mehr spannende Zugänge in die Themenbereiche Sojaanbau & Regenwald, Massentierhaltung & Folgen, Fleischkon- sum & Klima sowie Welternährung. Dabei werden Zukunftsperspektiven aufgezeigt und Handlungskompetenzen geschult.

▷ [www.kurzlink.de/huhnfrisstjaguar](http://www.kurzlink.de/huhnfrisstjaguar)

## WISSENSWERT

Praxisleitfaden BNE

### Um.Welt.Gestalten. Heute wird morgen gestern sein

□ Die Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V. hat in Zusammenarbeit mit dem Projekthaus-Potsdam e.V. und HochVier e.V. einen Praxisleitfaden für PraktikerInnen im Lernumfeld der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) entwickelt. Der für Brandenburg konzipierte Leitfaden gibt einen Überblick über die vielfältige BNE-Arbeit. Er eignet sich jedoch auch für PraktikerInnen in anderen Bundesländern. Akteure, die erst beginnen, sich im „BNE-Feld“ zu orientieren, können den Praxisleitfaden ebenso für ihre Arbeit nutzen wie bereits etablierte BNE-Akteure, die ihre Arbeit vertiefen, ausbauen und neue Impulse erhalten wollen. Die Herausgeber möchten mit dem Praxisleitfaden BildungsakteurInnen dabei unterstützen, Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch interessante und vielfältige Bildungsveranstaltungen und Projekte für das Thema der nachhaltigen Entwicklung zu sensibilisieren und im besten Falle auch zu begeistern. Der Leitfaden gliedert sich in drei Teile:

- ▷ Im ersten Teil erfolgt eine kurze Abhandlung der wichtigsten Begriffe und Zusammenhänge, um nachhaltige Entwicklung und BNE einordnen und sich eine eigene Perspektive zum Thema erarbeiten zu können.
- ▷ Der zweite Teil leitet, basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, Erfahrungen aus der praktischen Arbeit und verschiedenen Beispielen, die Konzeptionierung eines BNE-Angebotes her.
- ▷ Teil drei beschäftigt sich in umfangreicher Art und Weise mit organisatorischen Aspekten im Rahmen der BNE-Arbeit, um Möglichkeiten, Potenziale, aber auch Hemmnisse identifizieren zu können.

Die einzelnen Kapitel werden begleitet von

Literaturempfehlungen sowie von Fragen und Handlungsempfehlungen, die im Selbststudium gesichtet, beantwortet und bearbeitet werden können.

- ▷ [www.bne-brandenburg.de/materialien/Um\\_Welt\\_Gestalten\\_BNE\\_Praxisleitfaden.pdf](http://www.bne-brandenburg.de/materialien/Um_Welt_Gestalten_BNE_Praxisleitfaden.pdf)

### Wettbewerb

### StartGreen@School-Award für nachhaltige Schülerfirmen

□ Bis zum 31. Juli können sich Schülerfirmen für den 2. StartGreen@School-Award bewerben. Mit dem Award werden Schülerfirmen ausgezeichnet, die vorbildlich ökologisch und sozial wirtschaften. Der Wettbewerb bietet neben den ausgeschriebenen Geldpreisen in Höhe von insgesamt 5.000 Euro auch die Möglichkeit, die eigene Schülerfirma auf der großen Bühne in Berlin zu präsentieren. Im Anschluss an die Bewertung durch eine Fachjury stellen sich die zehn besten Einreichungen dem Online-Voting. Bewerben können sich nachhaltige Schülerfirmen aller Schulformen aus dem gesamten Bundesgebiet. Der Award ist Teil des Projekts StartGreen@School, das als Bildungsprojekt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU gefördert wird.

- ▷ [www.start-green.net/school/award](http://www.start-green.net/school/award)

### Fahrradkino-Tour

### Energie von 10 Rädern

□ Im Mai startet die deutschlandweite KLAK-Fahrradkino-Tour von Solare Zukunft e.V. und dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) e.V. Auftakt ist am 9. Mai in Kiel. Es folgen bis September weitere 15 Tour-Stops in verschiedenen Städten wie Wuppertal, München, Leipzig, Freiburg und Berlin. Auf zehn Fahrrädern wird die Energie für das Kinoevent von den ZuschauerInnen selbst erzeugt. Gezeigt wird unter anderem das Kurzfilmpro-

gramm, das im Rahmen des KLAK-Drehbuchideen-Wettbewerbs für Jugendliche produziert wurde. An jedem Tourstopp findet jeweils ein buntes Programm mit lokalen Partnern, aktiven Gruppen und Initiativen statt.

- ▷ [www.fahrradkino.org/die-tour](http://www.fahrradkino.org/die-tour)

## UMWELTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN

19.06., Berlin (D)

**Fachtagung: „Gesund – mit der Vielfalt der Natur“**  
Natur und biologische Vielfalt tragen in vielfältiger Weise zu unserer Gesundheit und unserem Wohlbefinden bei. Die Tagung der UN-Dekade Biologische Vielfalt informiert über die verschiedenen Facetten des Themas „Natur und Gesundheit“ und zeigt Synergien und gemeinsame Handlungsfelder auf.

- ▷ [www.tagung-gesundheit-biodiversitaet.de](http://www.tagung-gesundheit-biodiversitaet.de)

26.06., Bonn (D)

**Fachtagung: „Hier spielt die Zukunft – Energie und Klimaschutz auf der Spur“**

Die erste Fachtagung des Klima-Kita-Netzwerkes beschäftigt sich mit diversen Fragen aus dem Kita-Alltag, die Möglichkeiten bieten, um mit Kindern auf Entdeckungsreise zu Nachhaltigkeitsthemen zu gehen. Die Tagung richtet sich an pädagogische Fachkräfte aus dem Elementarbereich sowie MultiplikatorInnen. Anmeldeschluss ist der 7. Juni.

- ▷ [www.klima-kita-netzwerk.de/fachtagung](http://www.klima-kita-netzwerk.de/fachtagung)

### Impressum

ökopädNEWS

### Herausgeber

**ANU**  
Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

### Redaktion

Annette Dieckmann (verantw.), [dieckmann@anu.de](mailto:dieckmann@anu.de), Larissa Donges, [larissa@naturfreundejugend.de](mailto:larissa@naturfreundejugend.de)  
ANU-Bundesverband e.V.,  
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49 (0)69 / 716 73329 - 21, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)